

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staining in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeb., bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreieckige Preissäule oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fürstenplatz Nr. 2, erste Etage.

Inhalt: Die wahre Demagogie. — Parlamentarische. — Wirtschaftliche. — soziale Rundschau. An die Parteigenossen! Zuständigkeit für Rentenfeststellung. — Gewerkschaftliche Anlegesachen. Geschichtliches über die Arbeitsteilung von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Aus Berlin. Ueber die Vereinigungen der „Arbeitsherren“. Gerichtsinstanz. Ueber die Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker Nürnbergs. — Situationsberichte. — Eingangsblatt. — Verbots-Chronik. — Gerichts-Chronik. — Briefstücken.

Die wahre Demagogie.

II.

Groß und gewaltig war die Wirkung der Nachweisen und Vorschläge Lassalle's, sowohl unter der Arbeiterklasse, wie unter den konservativen Elementen, insbesondere aber unter den kapitalbeherrschenden „liberalen“ Bourgeoisie, deren unmissverständlicher „Mob“ sich sofort daran mache. Lassalle und seine Lehre zu bekämpfen. Doch der Kämpfer für die leidende Menschheit stand wie ein Fels in der Brandung der See, hoch oben auf der Linne der Zeit, bewaffnet mit allen Vertheidigungsmitteln der gesammelten Wissenschaft; mit der ganzen Wucht seiner gigantischen Geistesfestschmiedete er den „Mob“ zu Boden.

Lassalle starb, aber seine gute und gerechte Sache, die Sache der Unterdrückten, ging mit ihm nicht zu Grunde. Die „Arbeiterbataillone“, die er formt, nahmen an Zahl und Umfang zu, ganz Deutschland überziehend, unermüdlich thätig in der Propaganda für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Vergabens war das Bemühen der liberalen Demagogie, dem arbeitenden Volke begreiflich zu machen: es bedürfe zu seiner Freiheit und sozialen Wohlfahrt dieses Rechtes garnicht; es möge, wie bisher, die Leitung seiner Geschicke nur getrost den „oberen Zehntausend“ im Staate überlassen. Drei Jahre nach Lassalle's Tod wurde das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den „Norddeutschen Bund“ decreiert, um im Jahre 1870 überzugehen auf das Deutsche Reich. Die Vertreter der Arbeiter hielten ihren Einzug in das Parlament und brachten dasselbst die Diskussion über die soziale Frage in Fluss.

Aber jetzt erst recht schlug die liberale Demagogie in dieser Diskussion den Ton brutalen Hochmuths an; sie entblößte sich nicht, zu erklären: eine soziale Frage existire in Wirklichkeit garnicht, was man ja nenne, sei eine „Erfindung“ und dazu bestimmt, die arbeitenden Klassen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung „aufzureißen“, was um so unverantwortlicher sei, als diese Ordnung so viele herrliche Früchte gezeitigt habe.

Doch: „Hochmuth kommt vor dem Fall.“ Das ist ein altes, wahres Sprichwort, das nicht nur Gelung hat im Leben des einzelnen Menschen, sondern auch im Entwicklungsprozeß der Völker, sowie für Gesellschaftsklassen und politische Parteien.

Als nach dem Jahre 1871 jener siebenjährige wirtschaftliche Aufschwung stattfand, der mit einer entscheidenden Krise endigte, da glaubte die liberale Demagogie ein für alle Mal „obenauf“ zu sein. Die Volksmasse war geblendet von den scheinbar glücklichen und großartigen wirtschaftlichen Erfolgen. Diejenigen aber, die diese Erfolge auf ihr Konto setzten, — wozu sie ja allerdings auch befugt waren, um welchen „Vorzug“ sie übrigens kein Mensch zu beneiden hat — die Liberalen, gert hatte.

traten gelegentlich der Wahlen vor das Volk hin und hielten ihm große Reden von Freiheit und Wohlfahrt und von des neuen deutschen Reiches unerhörtem wirtschaftlichen Segen und politischer Größe. Sie versprachen auch wohl, der Regierung in diesem und jenem Punkte „energisch Opposition zu machen.“ Als Erwählte des Volkes vergaßen sie jedoch diese Versprechungen und beugten sich vor der Macht, vor dem „eisernen Kanzler“, wie es so treffend illustriert wird durch das bekannte Wort Bamberger's: „Hunde sind wir ja doch.“

So, durch Zug und Trug, wußte das liberale Demagogenthum für einige Zeit die Volksgunst zu erringen und die parlamentarische Herrschaft an sich zu reißen.

Das war eine unerhört jämmerliche Herrschaft! Die geschwätzigen, vielrednerischen Mandatsträger (wie Lassalle, Bennigsen, Schulze-Delitzsch u. A.) brachten, Dank der Schwäche und Unfähigkeit, welche die durch ihre Doktrinen beeinflußte Regierung bestand, das ganze Staatswesen in die Gefahr der Auflösung, des ehr- und ruhmlosen wirtschaftlichen Unterganges.

Bermalm unter der ungeheuren Ausbeutung des Kapitals liegt das materielle Wohl und die Gesundheit Hunderttausender von Arbeitern. That das liberale Gelbsack-Demagogenthum jemals etwas, dieses Verbrechen zu führen?

Berissen werden die Familienbande der Proletarier durch die „heilige freie Konkurrenz“. That das Demagogenthum irgend das Geringste, dieses Band wieder zu vereinigen und fester zu schlingen?

Untergraben wird die Moral tausender und aber Tausender armer Arbeiter und Arbeiterinnen durch die kapitalistische Ausbeutung. Das durch dieselbe erzeugte Elend wird die Ursache so vieler Verbrechen und Vergehen, und die Strafanstalten, in denen die Verbrecher untergebracht werden, sind die Brüderläden neuer Verbrechen, die wieder neue Not und neues Elend gebären. Untergraben wird die Sittlichkeit der Arbeiterinnen durch Wüstlinge, welche den jugendlichen weissen Sklavinnen in den Fabrikten für blankes Geld die Ehre rauben oder sie durch verstekte Drohungen der Arbeitsentlassung zwingen, ihre Unschuld auf dem fluchvollen Altar der Ausbeutung zu opfern. Hat die Demagogie des Gelbsacks sich jemals bemüht, diesen Zuständen ein Ende zu machen? Ach, sie tanzt nur in wahnfieberiger Erregung um das goldene Kalb, und „Vaterlandsfeind“ und „Volksverrätcher“ war Jeder, der noch Vernunft und Ehre und Schamgefühl genug hatte, nicht mit zu tanzen und nicht mit einzustimmen in das Jubellied auf ihre verschlungene Baubefreiung: „Laissez faire, laissez aller.“

Anzwischen aber nahmen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands mit ungeahnter Schnelligkeit eine verhängnisvolle Entwicklung, welche die ganze Herrlichkeit der liberalen wirtschaftlichen Errungenheiten in einem Nu über den Haufen warf. Der Zusammenbruch war fürchtbar, wie späten den Krach noch in unseren Gliedern. Aber das eine Gute hatte er: er zerriss den um die sozialen Gegensätze, um die Herrlichkeit des Kapitalismus lästig gewordenen Schleier — und nun stand sie plötzlich da, die „soziale Frage“, erinnungsgleich, in ihrer ganzen grausigen Nachtheit, mit unerbittlicher Strenge. Die Anerkennung forderten, die das privilegierte Gelbsack-Demagogenthum ihr so lange verweigert hatten.

Das war für die Sozialdemokratie eine Rechtfertigung durch die Macht der Thatsachen! Sie hatte vorausgesagt, daß es so kommen werde und dafür Schmähung über Schmähung erbulben müssen; aber sie blieb im Recht mit ihrer Prophezeiung!

Nun allerdings verkündeten sehr bald alle jene Neuerungen berechnender Selbstsucht, trauriger Unwissenheit und bemitleidenswerther geistiger Beschränktheit, welche bestimmt waren, zu beweisen: daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine gute und gesunde sei; daß insonderheit die Regulierung der Besitzverhältnisse, die Vertheilung der Mittel zur Existenz und zum Genuss, nichts zu wünschen übrig lasse: „Wohl oder übel mußte man jetzt gelten lassen, was man so lange als „verbrecherische Thorheit“ der Sozialdemokratie“ verschrien hatte; daß das Woos der vielen Millionen der arbeitenden Bevölkerung in ungähnlichen Zahlen in schreckendem Widerspruch steht mit den Minimalforderungen, die wir vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der modernen Ethik an ein menschenwürdiges Dasein zu stellen haben; daß dieses Woos in grossem Scheine kontrastiert mit dem Inhalte des Rechtes der Persönlichkeit, das fortwährend als die Basis des Rechtes und Kulturstates hingestellt wird; daß es ein betrübender Hohn auf die hohe Kulturblüthe unserer Zeit ist — und doch demnach eine schlechte und gründliche Reform, für Staat und Gesellschaft ein Gebot des fülllichen Pflicht ist, wenn anders die Forderungen der Ethik und das Streben nach dem Kulturstate nicht bloße Phrasen zur Beschönigung und Verherrlichung der eigenen Existenz der besser situierten Gesellschaftsschichten bleiben sollen.“ Mehr und mehr brach sich in immer weiteren Kreisen des Volkes die Überzeugung Bahn: daß die Lösung der sozialen Frage Ziel und Ausgangspunkt der gesamten Wirtschaftslehre sein muss, wenn dieselbe nicht lediglich als eine gelehrte Spielerei erachtet werden soll.

Von dem Augenblicke an, wo der mancherlei Liberalismus, widerstreitend und murrend war, der Not gehorcht, nicht dem eigenen Triebe, vor der Macht der Thatsachen seine Waffen strecken mußte, war es auch vorbei mit seiner parlamentarischen Herrschaft, welche dem Volke so viele schmerzhafte Enttäuschungen gebracht hatte.

Das erwerbende und arbeitende Volk war es nachgerade müde geworden, sich von den liberalen Demagogen als Stimmvieh gebrauchen zu lassen, und man hat ganz recht, das Anwachsen der Sozialdemokratie mit, oder hauptsächlich mit auf diesen Umstand zurückzuführen. Das Volk sah ein, daß es diesen Herren Volksführern nicht auf das allgemeine Wohl, sondern auf ihre eigene weiche Perlon, auf die Wahrung der Interessen ihrer Klasse und auf die Herrschaft über eine blind ergebene Masse ankommt.

Unter kluger Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse tratzen auch die Regierungsorgane in schärfe Opposition zu der selbstigen liberalen Bundesgenossenschaft, versegten dieselbe öffentlich in Antlagezustand und forderten — was sich sehr komisch ausnahm — Rechenschaft über „das ziel- und maßlose Treiben des Liberalismus, der keinen Einspruch duldet, keinen Rath, keine Lehre zuläßt, extragen und beherrschend kommt.“

Darüber gab es natürlich großes Geschrei im liberalen Lager; die edlen Volksfreunde,

deren Demagogie und Terrorismus so "herrliche" Früchte getragen, verwarnten sich energisch dagegen, Schuld an dem wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands zu sein.

Aus den Demagogen wurden jetzt Jesuiten! Eine Rettung — so dachten sie — gibt es noch für den Liberalismus: der selbe muß gute Miene zum bösen Spiel, oder aus der Not eine Tugend machen; er muß rechnen mit der immer mehr sich bahn brechenden Überzeugung, daß soziale Reformen notwendig sind. Deshalb hielten sie jurid. mit ihren Lehren vom Segen der wirtschaftlichen Anarchie und jammerten hässelnd und hämmernd: „Lasset ab von der gegenseitigen Befehlung, ihr Ordnungsparteien, Nationalliberale, Fortschritter, Konservative, Ultramontane; lasst uns einig sein, wadere Bürger im Kampfe gegen die Korruption.“

Also jetzt, wo die Folgen ihres anarchistischen Treibens sich zeigten, wo die durchbare Saat ihrer Lehren aufging, da wollten sie nicht angesehen werden als die „Säemänner im Dienste der Kultur“, wie sie hochmuthig sich genannt, da wollten sie den Säemännern verleugnen; da verlangten sie: es mögen ihre Thaten, die den Stand der ehrlichen Erwerbenden um Milliarden geschädigt, ihn zur Arbeitslosigkeit und zu Hunger und Elend verdammt hatten, desgegen, ihre am Volk begangenen Verbrechen obgleich Weiteres vergeben sein, — sie, die nie eine Partei in Frieden ließen und nicht einmal dem Einzelnen seine Ruhe gönnten, wenn er sich nicht willlos unterwarf; sie, die Alles terroristisch und selbst die Regierungsbürgen beherrschten wollten, die sogenannte „Parteidisziplin“ sogar in die Familien trugen und diese selbst auf das Geschäft und den Beruf übertrugen, wovon mancher Arbeiter ein erbauendes Gedicht zu singen weiß; sie, die Alles niedergeworfen und schamungslos maßregelten, was sich ihnen und ihrem „Ring“ in den Weg stellte!

Ja, ja — aus diesen Fülschen und Wölfen waren nun plötzlich zahme, unschuldige Vämmer geworden, die nach Ordnung, nach Religion, nach gegenseitiger Duldsung, nach sozialem Frieden riefen, — alles Dinge, die ihnen selbst nie eigen waren, zumal von diesen Demagogen und Terroristen niemals Rücksicht oder Vardon gewährt wurde.

Verächtliche Heuchler! Ihre jämmerrliche Wirtschaft und ihre begangenen eben so zahlreichen als schweren Fehler zu bekennen, dazu fehlte ihnen der sittliche Muth, die Kraft der Selbstüberwindung. Wo keine Neue, da ist auch keine Besserung! Wäre es ihnen heute möglich, wieder in die alten Bahnen einzutreten, sie würden es voller Freude thun; keinen Augenblick würden sie sich bestimmen, die christlich-germanische Ration aufs Neue im Rahmen der Kultur zu schöpfen, gleichviel, wie viele Millionen Menschen dabei zu Grunde gehen. Sie sind nun einmal grundsätzlich Freibeuter, Anarchisten auf wirtschaftlichem Gebiet. Ordnung, sozialen Frieden, gemeine Wohlfahrt, Rettung des Nächsten, haben sie niemals ernstlich auf ihre Gelehrtenstufen geschrieben; sie kannten und sie kennen keine höhere Macht und kein höheres Gesetz, als den Geldsack! All ihre Staatskunst begreift sich in dem Bemühen, die ganze ökonomische und Sozialgegebung so zu gestalten, daß für den Reichen auf Kosten des Armen begünstigt, — eine Gelehrtenbildung, so kalt und so herzlos, wie der Mammon selbst und der gesittlosen Ausbeuter, der „— stolz herab sieht auf den Hungerleider, der mit dem letzten Hunde unter dem Arm langsam und seufzend nach dem Reichsland wandelt.“

Nur gut, daß jede derartige Gelehrtenbildung ihren Urhebern selbst früher oder später vererblich werden muß!

Parlamentarisches.

* Dem Kampfe gegen den Kontraktbruch der Arbeiter soll nur auch die dem Reichstag vorliegende Krankenfassung Novelle dienstbar gemacht werden. Der Bundesrat hat bei seiner Durchberatung der Novelle in dieselbe eine Bestimmung eingefügt, wonach die Erwerbslosen jeden Anspruch auf die Krankenfassung in Unterstützungsställen verlieren, wenn die Erwerbslosigkeit durch vertragswidrigen Austritt aus der Beschäftigung verursacht sei. Bisher haben die erwerbslosen Mitglieder bestimmt einen Anspruch gehabt auf Unterstützung, wenn die Unterstützungsfälle während der Erwerbslosigkeit, und innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen nach dem Austritt aus der Kasse eintreten. Zur Begründung der neuen Bestimmung wird folgendes angeführt: „Der

frühere Entwurf des Krankenversicherungsgesetzes wollte die Wohlthat des § 28 nur im Falle unverhältnismäßiger Erwerbslosigkeit gewähren, die Worte „ohne ist. Verjährdet“ wurden aber vom Reichstag gestrichen. Es mag auch anerkannt werden, daß die Prüfung der Frage, ob die Erwerbslosigkeit durch einen Verlust eines herbedeutscht ist, im Einzelfall zu schwer zu entscheidende Streitigkeiten führen könnte. Insbesondere würde die Gefahr nahe liegen, daß das Auflösen einer Beschäftigung befußt Erzielung bester Lohnes und, vergleichbar als ein Verlust eines herbedeutscht ist. Anders aber liegt die Sache dann, wenn die Erwerbslosigkeit durch vertragswidrigen Austritt aus der Beschäftigung herbedeutscht ist. Die Frage, ob der Austritt ein vertragswidriger war, ist eine reine Rechtsfrage, deren Entscheidung keinen Schwierigkeiten unterliegt. Bei einer durch Vertragstrübung selbst verschuldeten Erwerbslosigkeit dem Schuldigen auf Kosten der Kassenmitglieder die Wohlthat von Unterstützungen ohne Gegenleistungen zulassen, ist nicht gerechtfertigt und wirkt wie eine Unterhöhung des Vertragstrübers.“

Derartige Vorschläge erwiedern immer mehr den Anschein, als ob nicht gerechte Abwägung des Rechts auf beiden Seiten, sondern die Leidenschaft die Gesetzesbestimmung gebiert. Man macht die Gesetzgebung offen zu einer Klassengesetzgebung, bestimmt, die Klasse der Arbeitnehmer in ihrer Abhängigkeit zu erhalten. Daß sich dieses in der Gesetzgebung neuerdings immer stärker her vorstrebende Bestreben selbst bis in jenes die gelegentlich sozial-reformatorische Krankenfassungsgesetz erstreckt, das bestimmt sein soll, eine Wohlthat für die Arbeiter zu sein, ist am bezeichnendsten:

* Die erste Verathung der Krankenfassung Novelle nahm der Reichstag am 5. d. M. vor.

Staatssekretär v. Bötticher empfahl die Novelle mit dem Bemühen, es werde damit der „Anfang in der Revision der Sozialgelehrtenbildung gemacht.“ Einigermaßen komisch wirkte es, daß er die Regierung verwarthete gegen den Vorwurf, das neue Gesetz solle die freien Hilfsstellen vernichten. Diese hätten „legesreich gewirkt“ und es läge kein Anlaß vor, sie zu beseitigen.

Wie man in den der Regierung verbliebenen Parteien darüber diskutiert, das vertieft in recht naiver Weise der kontraktive Abgeordnete v. Manteuffel, indem er dem Abgeordneten Hirsch gegenüber, welcher die Regierungsvorlage befürwortet hatte, höhnisch ausrief: die Opposition sei erstaunt, da ja durch die Vorlage die freien Hilfsstellen erheblich geschmälert würden! Es ist beachtenswert, daß diese Erklärung von keinem Regierungsvorsteher zurückgewiesen wurde.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat der Abgeordnete Schumacher mit folgenden Ausführungen:

„Es sei oft vorgekommen, daß Mitglieder freier Kassen trotzdem zu Beiträgen für Zwangskassen herangezogen werden seien. Es scheine doch also nicht, daß die Herren Regierungspräsidenten die Anschauungen der Regierung in Bezug auf die freien Kassen stets geteilt hätten. Auch die Neuerungen, welche die Vorlage bringe, seien den Hilfsstellen nachteilig. Wenn behauptet werde, die Mitglieder freier Kassen nahmen das halbe Krankengeld, ohne einen Arzt zu bemühen, so hätte sich die Regierung sehr leicht vom Gegenthell überzeugen können. Er glaube, es gebe nicht eine einzige Krankenkasse in ganz Deutschland, welche den als Etat für freie ärztliche Behandlung dienten Geldbetrag ohne ärztliche Bescheinigung ausschändige. Die Kassen selber, die Hilfsstellen also, jürgen genau ebenso wie die Kassen dafür, daß der Erkrankte das Etat bezette. Behauptete die Regierung, daß die Arznei zu teuer sei, als daß sie mit dem halben Krankengeld bestritten werden könne, nun, so läge es für die Regierung doch wohl nahe, einmal zu erwidern, ob nicht die Arzneien zu verstaatlichen seien. Wie die Zwangskassen zweitens verfahren, zeige ein Fall, wo ein schwerleidender Arbeiter vor der Krankenkasse in Solingen an diejenige in Dortmund und zurück und wieder hin und her gewiesen worden sei, bloß weil wegen der An- und Abmeldungen zwischen beiden Kassen Streitigkeiten bestanden. Nur als Almosen habe man dem Mann schlechtes Geld geboten, der selbe habe es aber als Almosen abgelehnt und sein Geld verlangt, sei aber darüber hingerissen. Überhaupt würden die Arbeiter trotz des kleinen zustehenden Rechts von den Zwangskassen nur ehelsche Wohneninnen Anspruch auf Krankengeld haben. Selbst das Strafgesetz mag doch keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindesmutterinnen, wie sei es möglich, daß hier zwischen ehelich und unehelich unterschieden werde? Mensch sei doch Mensch, und wer das gar lächerlich finde, dem müssে er doch beweisen, daß hinter einer solchen armen unehelichen Wohneninne eigentlich stets ein Anderer als der eigentliche Schuldige stecke. Nach Betrachtung noch einer Reihe weiterer Mängel des Entwurfs endete Redner damit, daß fälschlich gehe man die Art an die freien Kassen, wenn man diese Novelle so annehme, wie sie vorliege. Mancher meine freilich, man übe einen Schlag gegen die Sozialdemokratie, wenn man den freien Kassen zu Leibe gehe. Dem müsse er doch noch ausdrücklich widersprechen. Richte man dieses Gesetz nicht so ein, daß es die Arbeiter befriedige, dann werde die Sozialdemokratie nur noch mehr um sich greifen.“

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Ausweisungen, Auswanderungs- und Zugangsverbot — das sind die Heilmittel der autokratischen Staatskrieger. Bis in die leiste Zeit hatten süd- und ostasiatische Gründesitzer optimale Arbeiter aus Ostasien, Persien und der Türkei verschrieben. Wie aus Odesa gemeldet wird, hat gegenwärtig das russische Ministerium wiederholt die Rettung von Ausländern zu wirth-

shaftlichen Arbeiten überall im Reich, mit Ausnahme des Kaukasus, verboten, weil an Arbeitskräften in Russland selbst kein Mangel sei.

* An die Parteigenossen!

Wir beschäftigen, von nun ab wöchentlich alle im Zusammenhang mit unserer Parteibewegung erfolgten Verurtheilungen und Verfolgungen zu registrieren. Um aber hierüber ein genaues und erschöpfendes Verzeichnis führen zu können, ist es unbedingt nötig, daß alle Genossen, die solche Verurtheilungen oder Verfolgungen erleiden (oder falls sie durch Verhaftung daran gehindert sind, die Vertrauensmänner der betreffenden Orte) ungezäumt unter der Adresse:

J. Auer, Kappbachstraße 9 I., Berlin SW,
uns hierüber unter Angabe von Ort, Datum und Art der Anklage direkt durch Postkarte oder Brief in Kenntniß setzen.

Es genügt nicht, wenn diese Dokumente in der Lokal- oder Kreiszeitung mitgetheilt werden; bei dem Umfang, den unsere Parteivereine allmälig erreicht hat, ist es für uns einfach unmöglich, jedes einzelne Blatt von Anfang bis zu Ende zu diesem Behufe zu durchsuchen.

Wir möchten überhaupt bei dieser Gelegenheit jeden einen Genossen dringend bitten, unsere Aufforderungen nicht bloß zu lesen (bzw. abzurufen), sondern die darin ausgesprochenen Anträge auch nach Kräften selbst zu erfüllen.

Was wichtig aber gerade heute solch ein Verfolgungsfalter“ ist, dürfte jedem Genossen ohne längere Erörterung klar sein. Wochen- und monatlang vor der mit dem 1. Oktober erfolgten Rückkehr zum sogenannten gemeinsamen Recht hat die gegnerische Preußische Sammler auf Sammler erhoben, wie jetzt bei der „Unzulänglichkeit des gemeinsamen Strafrechts“ die Abgeschaffung der sozialdemokratischen Schremsenscherhaft ihre tollsten Orgien feiern werde; da dürfte also gegenüber dieser Gelehrte die einfache Konstatirung der erfolgten Verurtheilungen, Verhaftungen, Konfiskationen etc. den folgenden Beweis erbringen, was alles auf Grund des gemeinsamen Rechts in der „neuen Ära“ möglich und zulässig ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorsitz.

Zuständigkeits für Rentenfeststellung.

Das Reichsversicherungsamt hat in mehreren Rerussions über die Bedeutung einer bei verschiedenen Berufsgenossenschaften wiederkehrenden Statutovorschrift, wonach die Zuständigkeit für die Rentenfeststellung zwischen dem Genossenschaftsvorstand und dem Sektionsvorstand derart gelegt ist, daß die letzteren dann einzutreten haben, wenn es sich um die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewährten Rente handelt, und der Genossenschaftsvorstand in den übrigen Fällen der Rentenfeststellung zuständig ist. Folgendes ausgeführt:

Einen durch Unfall verletzten Arbeiter sieht als Schuldner die verpflichtete Berufsgenossenschaft als solche, nicht aber — was auch ihr Statut über die Zuständigkeits ihrer Organe zur Rentenfeststellung bestimmen mög — ein einzelnes berufsgenossenschaftliches Organ gegenüber. Ist statutarisch die gebaute Zuständigkeit, wie hier, in Übereinstimmung mit dem Regelwerk des § 57 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes zwischen mehreren Organen getheilt, so erreicht doch nicht etwa die Zuständigkeit des niederen Organs (Sektionsvorstandes) mit dem Übergange der für vorübergehend gehaltenen Erwerbsunfähigkeit eines Verletzten in eine dauernde — etwa nach sechs Monaten (zu vergleichen Beispield 334, Amtliche Nachrichten des R. B. U. 1887, Seite 137) — Zuständigkeit derart, daß von diesem Zeitpunkte ab die Zuständigkeit des höheren Organs (Genossenschaftsvorstandes) eintrete. Für die Regelung der Zuständigkeit ist vielmehr lediglich entscheidend, ob in dem Zeitpunkt, in welchem die Feststellung der Rente erstmalig in Frage steht, die Erwerbsunfähigkeit sich als eine „voraussichtlich“ vorübergehende darstellt oder nicht. Kommt der Sektionsvorstand bei plötzlichem Erreisen ein Vorübergange der Erwerbsunfähigkeit annehmen — was z. B. im Falle des Verlustes eines für die Erwerbstätigkeit wichtigen Gliedes ausgeschlossen sein würde — so erlischt seine Zuständigkeit nicht, wenn sich seine „Voraussicht“ hinterher als irrig erwies. In einem solchen Falle ist die Berufsgenossenschaft durch die Feststellung des zuständigen Sektionsvorstandes gleichmäfig gebunden, wie in dem umgekehrten Falle — wenn vorübergehende Erwerbsunfähigkeit nicht angenommen werden konnte, sich aber später dennoch herausstellt — durch die Feststellung des zuständigen Genossenschaftsvorstandes. In beiden Fällen hat die Gewährung der Rente ohne Embargo zu erfolgen. (Zu vergleichen Entscheidung 409, Amtliche Nachrichten des R. B. U. 1887, Seite 351, sowie das Rundschreiben, betreffend die Feststellung der Entschädigungen vom 11. Januar 1888 — R. B. U. I. 1461 — Seite 8 § 18, ausführlich abgedruckt in den Amtlichen Nachrichten des R. B. U. 1888, Seite 48 ff.)

Der Verletzte erlangt durch die Feststellung der Berufsgenossenschaft gegenüber ein selbstständiges Recht, und nur der Eintritt der Voraussetzung des § 65 des Unfallversicherungsgesetzes oder eines anderen ähnlichen besonderen gesetzlichen Berechtigungsgrundes (z. B. des § 7 a. O.) kann dem höheren Organ die Befugnis geben, vor dem getroffenen Entschließung wieder abzugehen (zu vergleichen Entscheidung 409, Amtliche Nachrichten des R. B. U. 1887, Seite 351, sowie das Rundschreiben, betreffend die Feststellung der Entschädigungen vom 11. Januar 1888 — R. B. U. I. 1461 — Seite 8 § 18, ausführlich abgedruckt in den Amtlichen Nachrichten des R. B. U. 1888, Seite 48 ff.)

Hiermehr hat der Umstand, daß eine vom niederen Feststellungsorgan nach plötzlichem Entstehen mit Grund vorübergehend gehaltene Erwerbsunfähigkeit demnach sich als eine dauernde erweist, bezüglichweise der ob-

lauf der nach den Statuten mancher Berufsgenossenschaften für diese Annahme maßgebenden Frist von sechs Monaten an sich nur die Bedeutung, daß alßdann die weitere geschäftliche Beziehung der Sache — Führung der Entschädigungsaffären, Kontrolle der Rentenempfänger, Einschreibung über die Frage der Fortgewährung der Rente gemäß §§ 7 und 65 des Unfallversicherungsgesetzes und dergleichen — von dem niederen Organ auf das höhere übergeht.

Nur durch diese Auslegung der Bestimmung des § 57 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes wird der in der Praxis unfehlbare, den Arbeitern unverständliche Zustand vermieden, daß je nachdem die Statuten der einzelnen Berufsgenossenschaften die Rentenfeststellung in allen Fällen den Sektionsvorständen zuteilweise oder die Zuständigkeit hierfür nach den vorausichtlichen Folgen der Unfälle zwischen den Genossenschafts- und Sektionsvorständen vertheilen, verschiedenes Recht für die bei den einzelnen Berufsgenossenschaften versicherten Arbeiter in dieser für sie höchst wichtigen Frage besteht. So wenig der einheitlich für die Rentenfeststellung zuständige Genossenschaftsvorstand oder Sektionsvorstand von seinem einmal grundsätzlich, insbesondere in den Fragen des Betriebsunfalls, des urfächlichen Zusammenhangs oder der Entschädigungspflicht der Genossenschaft eingemommenen Standpunkte in einem zunächst nur vorausichtlich vorübergehende Folgen aufzuweisenden Entschädigungsfallen lediglich aus dem Grunde abheben kann, weil sich demnach die Erwerbsbeschränkung als eine solche von Dauer erweist, so wenig kann bei Theilung der Zuständigkeiten der die Befindung der Sache dem Sektionsvorstand übernehmende Genossenschaftsvorstand hierzu auf bestigt eracht werden. Andererseits würde man für die Berufsgenossenschaften mit Zuständigkeitserteilung in dem Genossenschaftsvorstand eine neue, frei entscheidende Instanz einführen, und damit die in Betrieben dieser Berufsgenossenschaften beschäftigten Arbeiter formal benachteiligt gegenüber denjenigen, welche bei den übrigen Berufsgenossenschaften verschont sind.

Eine abweichende Beurteilung ist nur dann gerechtfertigt, wenn die von dem Sektionsvorstand bei Erfüllung seines Beauftragten gehabte Vorausicht hinsichtlich der Dauer der Erwerbsbeschränkung widerstellt oder sonst von vorherhin unzutreffend war, der Sektionsvorstand müßt die ihm in diesem Falle nicht zustehende Zuständigkeit sich lediglich angemäßt hat.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Schutz gegen Sonntagsarbeit. In einer der jüngsten Versammelungen der Bimmeleuten am 8. Februar wurde beschlossen, daß jeder Genosse daran, welcher einen Fall von Sonntagsarbeit zur Anzeige bringt, so daß der betreffende Bimmermeister gestrafen wird, aus dem Generalfonds der Bimmeleute zwanzig Mark erhalten soll. Nach den Behauptungen der Bimmerleute wören Übertrittungen der Bestimmungen über Sonntagsruhe nicht selten. Man darf aber gewarnt sein, ob die vorgesetzte Dienststörde gestattet würde, daß den Genossern gerade aus einem Fonds, wie der genannte, Prämien ertheilt werden, oder ob sie sich auf den Standpunkt stellt, daß Beamten von Dritten keine Gratifikationen gegeben werden dürfen. Solch wird dieser Standpunkt nicht immer eingeht. So werden von Jagdvereinen, Fischzuchtvereinen, Tierschutzvereinen Prämien gegeben. Auch jüngst wurden vom Magistrat Gensbarren prämiert, welche sich an dem Bündnis eines freigewordenen Elternteils bei der Preiseverteilung während des Oktoberfestes beteiligt hatten. Schlimm genug übrigens ist es, daß die Arbeiter sich genötigt sehen, zu einem solchen Mittel gegen die Sonntagsarbeit zu greifen, von welchem wir uns übrigens keinen Erfolg versprechen.

Geschichtliches über die Arbeiterkoalition von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.

II.

Mächtig strebte im 12. Jahrhundert das Handwerk empor. Die damaligen Handwerker waren selbst in der hauptsächlichen Arbeiter und nicht Unternehmer in dem heutigen Sinne; es waren Arme und Unfreie, die mit der mächtigen Gegnerschaft eines durch Handel reich gewordenen Bürgertums, den Patriziern, zu thun hatten. Die Bürger der Bürgertum hatten das Handwerk geradezu getötet; in ihren Statuten findet sich die immer wiederkehrende Bestimmung: daß Niemand „mit schwipzigen Händen“, kein Handwerker, der nicht „zuerst Jahr und Tag sein Handwerk abgeschworen“ Bürgermeitglied werden könne. Aber nicht nur ausgeschlossen war der Handwerker von der Stadtrechte, er wurde auch von ihr befehlt und unterdrückt. Und doch war diese bestreitig, wie es in einer Verordnung von 1229 heißt: „Ingestraft ohrfeigen zu können, wo er nicht Christus ist.“

Diese Patrizier wählten die Hauptlast der Steuern auf die unterdrückte arbeitende Bevölkerung, um die Einwohner nicht im Interesse des Gemeinwesens, sondern zum Privatvorteil der herrschenden Geschlechter zu verwenden. Dazu kam noch völlig parteiliche Rechtspflege, sowie deren gänzliche Verweigerung.

Dieses Geschlechterrecht rief in den Kreisen der Arbeitenden das gemeinsame Schwergewicht nach, daß unabmeidbare Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einheit. Dieses Bedürfnis und Gefühl wurde Regung getragen durch Gründung der Handwerkgilden, in welchen der durchaus gerechtsame allgemeine tiefe Haß der Unterdrückten gegen ihre Brüder keinen geschöpflichen Ausdruck fand. Nur ein Gedanke befahlte die Handwerker des 13. und 14. Jahrhunderts: die Vernichtung des Patriziats.

So entbrannte im 13. Jahrhundert in Köln, Straßburg, Regensburg, Speyer, Frankfurt a. M., Basel, Augsburg, Magdeburg, Halle und vielen anderen deutschen Städten der heftige Kampf zwischen den in ihren Räumen auf das Bürgertum verbündeten Handwerkern und den verhassten Patriziergeschlechtern.

Diese Geschlechter, untereinander streitend um den Vorrang und so sich selbst schwächend, veranlaßten Kaiser Friedrich II., die Handwerkerklasse ausdrücklich zu verbieten bzw. die in seiner Nähe befindlichen von seinem Sohne dem Vizekönig Heinrich VII. erlassenen Verbote zu bestätigen. (Im Januar 1231.) „Es soll — heißt es in der betreffenden Verordnung — kein Stadt im Reiche Gilben und Blüte, wie sie auch immer Namen haben mögen, aufrichten dürfen. — Jegliche Handwerksverbrüderung, Kunst und Gesellschaft ist verboten und läßt.“ — Die Handwerker aber waren vernünftig und mutig genug, diesen Verbote zu trotzen — und zu Ende des 14. Jahrhunderts hatte ihre Koalition den Sieg errungen.

Dieser Koalition haben Recht, welche sagen, wir seien diesen Vertheidigern der Menschenwürde gegenüber feuler Willkür viel Dank schuldig; in den dunkleren Seiten geistlicher und weltlicher Dynastie leisteten sie großherigen Widerstand und ihr Punkt war die Wiege

vor denselben durch das ganze Land getragen. Sobald nun die Gesellen von einer Stadtrechtschafft Schelten hörten, traten sie sofort aus der Werkstatt des gescholtenen Meisters aus oder weigerten sich, mit dem gescholtenen Meister weiter zu arbeiten, bis diese ihr Vergehen gesühnt hatten und von der Bürgerschaft wieder als ehrlich anerkannt waren.

Dieses „Schelten“ war sehr gefürchtet; öfter genügte die bloße Androhung desselben, die Meister zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Die erste offizielle Verordnung gegen das Schelten findet sich in Tit. 29 der Reformation guter Polizei zu Augsburg“ vom Jahre 1530. Da heißt es: „Meister soll den anderen weder schänken, noch auf oder unterlieben, noch unrechtmäßig machen.“ Diese Verordnung wurde erneuert im Reichsabschluß zu Regensburg 1594 und den Obrigkeitlichen befohlen: gegen die Übertreter mit Peinschlag, Staupschlag oder dergleichen zu verfahren. Auch der Reichsabschluß vom Jahre 1674 wendet sich (§ 106) gegen das „so hoch verbotene Aufstreben und Schelten der Meister und Gesellen.“ In einem Reichsgesetz vom 22. Januar 1731 endlich heißt es: „Wenn ein Meister oder Geselle etwas unrechtmäßig begangen, soll solches durch den Weg Rechts und richterliche Hilfe ausgemacht werden. Den Gesellen wird verboten, einen Aufstand zu machen und ihre Arbeit zu unterstellen bei Gefängnis, Zuchthaus, Festungsbaus und Galerienstrafe. Das angemachte Gericht der Handwerksgesellen wird verboten und ihnen unterstellt, vor denen Meister aufzutreten, auch der Eyd wegen der zu verhüttenden Heimlichkeit aufgehoben. Kein Stand soll des andern aufstehende Gesellen an- und aufnehmen oder föhlen, diese aber im ganzen Römischen Reich sofort von jedermann für handwerksunfähig und unrechtmäßig gehalten werden sollen.“

Diese Reichsgelehrte kamen jedoch niemals zur Ausführung; auch die Geselle der Handwerksberufe blieben unverloren. Die Koalition der Gesellen erfreute sich eben über ganz Deutschland; zudem waren die Reichsgelehrte in den vielen selbstständigen Reichsstädten völlig bedeutungslos und so bestanden die Gesellenbrüderchaften in vielen deutschen Ländern noch bis in dieses Jahrhundert. (Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

erhalten wir von Herrn Julius Bernau eine Erklärung mit dem Schluß um Aufnahme in nächster Nummer und der Bemerkung: „Abdruck bleibt hier.“

In Rückblick auf die Sache, um die sich's dabei handelt, hätten wir allen Grund, das Schreiben des Herrn Bernau in den Papierkorb wandern zu lassen. Aber zwecks weiterer Charakterisirung jenes Herrn wollen wir seinen Wunsche Rechnung tragen. Er schreibt:

„Berlin, den 7. 12. 1890. Die letzte Nummer des „Grundstein“ bringt einen Artikel, betitelt „Zur Organisationsfrage“, welcher den Berliner Maurern zur besonderen Beachtung empfohlen wird, näher darüber einzugehen wäre ebenso kleinlich, wie es beschränkt ist, den Berliner Maurern zusammen, sie ließen sich von einer Person am Gangelsande führen. (111) Die Behauptung, ich wolle die Berliner Maurer-chaft von den übrigen Kollegen Deutschlands trennen, ist nur darauf berechnet, mich in den Augen der Kollegen zu diskreditieren.“

Die Agitation, welche hier in Betreff der Frage, welche „Form“ der Organisation für die Zukunft anzustreben und anzuerkennen ist, inszeniert wurde, wird uns Niemand verdauen wollen, in welcher Weise wir hier die Agitation handhaben, wird selbst einer Geschäftsführung nichts angehen. (111) Finden die deutschen Maurer länger Gefallen an solcher Kampfszene ihrer Geschäftsführung, so ist dies ihre Sache; die Stellung, welche mir die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer Berlins eingeräumt haben, verbietet mir länger zu schwiegen. Die Herren sollen nicht glauben, daß sie auch dazu ein Recht haben, sich in Dinge zu mischen, welche lediglich interner Natur sein.

Die Siebziger mit den hiesigen Altkönigswäldern hat schon längst in Berlin verküppelt, deren gewissenhafte und tatkräftige Revolutionen dürfte denn hier auch bald als Hamburger Komödie betrachtet werden.

Julius Bernau, Berlin.“

Was von dieser Erklärung des Herrn Bernau zu halten, unter welchem Gesichtspunkte insbesondere seine Aussäße gegen die Geschäftsführung zu betrachten, das zu beurteilen, dürftet wir wohl ruhig unsern Lesern überlassen. Die Erklärung beweist, daß wir mit unserer streng objektiven Ausführungen und mit unserer Empfehlung der Revolution des Kollegen Kerssen den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Wenn Herr Bernau es geradezu darauf angelegt hätte, seine Politik von der Berliner Maurer-chaft zu provozieren, so könnte er diesen Zweck am besten mit derartigen „Erklärungen“ erreichen.

Über die Vereinigungen der „Arbeitsherren“, welche den Zweck haben, die Arbeiterkoalition zu unterstützen, schreibt Karsik in seiner „Zeitschrift für Staats- und Volkswirtschaft“ Folgendes:

Die Arbeitgeber behaupten nicht bloß, durch die wachsenden Lohnforderungen der Arbeiter gefährdet zu sein, sondern erklären überdies das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaften für unerträgliche Tyrannie, welche wirksam nur mit vereinten Kräften entgegengestellt werden könne. Und diese Behauptung führt weiter dahin, daß die Arbeitgeber nur als geschlossener Stand am Arbeitsmarkt erscheinen müssen, um mit Erfolg ihrer einander überbietenden Konkurrenz die Spitze abzuschneiden zu können.

Wir halten die Voraussetzung, von welcher dieser Anpruch ausgeht, für eine trüger. Wie aus den Erfahrungen hervorgeht, gehörten den Arbeitern ihre Koalitionen noch lange nicht das Oberge richt über die Arbeitgeber, dienen vielmehr bloß dazu, ein andererfalls

vorhandenes, erdrückendes Übergewicht der Arbeitgeber, hoffnungslos und notdürftig zu paralysieren. Wenn darauf hingewiesen wird, daß tatsächlich infolge der Koalitionen die Arbeitslöhne gestiegen sind, so kann darin nur von Demjenigen ein Unrecht, eine Benachteiligung der Arbeitgeber erdacht werden, der von der Voraussetzung ausgeht, daß alle menschlichen Errfindungen und Fortschritte nur dazu da sind, die Gewinne der Arbeitgeber zu vermehren, nicht aber dazu, den Arbeitenden einigermaßen wachsende Anteile am Ertrag der Arbeit zu gewähren. Und da Niemand beweisen wird, daß das Wachstum des Arbeitslohnes noch lange nicht gleichen Schritt hält mit dem durchschnittlich eingetretener Steigerung der Produktivität, so ist damit von vornherein die Annahme bestätigt, als ob es den Arbeitenden gelungen wäre, ihren Anteil an den Früchten des eigenen Fleißes über Gebühr zu steigern.

Die Koalitionen der Arbeitgeber sind daher in Wahrheit nicht Anderes, als Versuche, ein ohnehin bestehendes Unrecht zu verschaffen. Rechtsdeformierter sind wir weit entfernt, dieselben zu belügen; vielmehr freuen wir uns ihrer und zwar in deß ausgesprochenen Maße, je häßlicher und widerwärtiger die dadurch hervorgereisten Missentwicklungen sind. Denn wir glauben, daß diese Koalitionen die leichte Blöße auf der Gipflanze der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darstellen. Gerade die Gehässigkeit jener Tendenzen, die in den unterschiedlichsten Formen dieser Koalitionen zur Tage tritt, muß unseres Erachtens mehr als alles Andere dazu beitragen, der modernen Menschheit endlich doch die Augen über das wahre Wesen der wirtschaftlichen Ordnung zu öffnen, in deren Bänden sie noch immer gefangen ist, und wir werden uns daher in das Studium dieser modernsten wirtschaftlichen Erscheinung mit jener Liebe und Hingabe vertiefen, die unseres Erfüllthaltens Alles verdient, was geeignet ist, die Tage der wirtschaftlichen Freiheit zu kürzen."

Gerüstinsturz.

In Hamburg starzte an dem in der Schürfelstraße (Vorort Barmbeck) belegenen Neubau des Bauunternehmers Witt am 2. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, ein Teil des in der Ausführung begriffenen Giebelkappenganges herunter, welches das Gerüst durchdrang, auf welchem die Maurer in voller Thätigkeit waren. Fünf derselben stürzten mit in die Tiefe, während es einem, dem Kollegen Martens, gelang, beim Eintritt der Katastrophe einen Aufsteiger zu ergreifen und sich an denselben anzuhängern. Von den Verunglückten wurde der Kollege Kruse, nachdem er im Krankenhaus ärztlich untersucht worden war, sogleich nach seiner Wohnung wieder entlassen, da er nur sehr leicht verletzt war. Der Kollege Udo Lip Biereder, wohnhaft am Südermarkt, hat dagegen schwere Verlegerungen im Rückgrat und am Kopf, sowie einen Beinbruch und verschiedenste Verletzungen erlitten und in denselben am 6. Dezember erlegen. Der Kollege Kühnert, Familienvater, wohnhaft in der Süderstraße, hat starke Verlegerungen an der Schulter, einem Armbruch und eine Gehirnverletzung davongetragen. Sein Zustand ist ebenfalls ein ziemlich bedenklicher. Der Kollege Böhns, wohnhaft am Böhlerner Abrendammt bei seinen Eltern, ist stark am Kopf und am Rückgrat verletzt. Der Kollege Ernst Ch. Miller, wohnhaft in der St.-Johannisstraße, ist weniger stark verhindert. Der polizeilich requirierte Arzt Dr. Schröder veranlaßte die Überführung der Verletzten nach dem Allgemeinen Krankenhaus. Es bedurfte jedoch geraunter Zeit, bevor die Mitarbeiter der Berliner glücklich einen Tragkorbbeschafften konnten, da auf den benachbarten Polizeiwachen ein solcher nicht aufzutreiben war.

Die Ursache des Unfalls dürfte in mangelhafter Leitung und nicht sachgemäßer Ausführung der Arbeit liegen. Wie uns mitgetheilt wird, hat das Unternehmen den Bau (Doppelhaus) selbst geleitet, um die Anstellung eines Bauforschers zu ersparen. Uebrigens ist denselben schon zweimal ein ähnlicher Baumfall passirt. Die Arbeit wurde in Zeitlohn ausgeführt.

Bon einem unparteiischen Sachverständigen erhielten wir folgende Mitteilungen über den Unfall: Die Grundmauer des Keller, Parterre und eine Etage enthaltenen Gebäudes, das durch einen Mansardebau bedekt wird, ist 33 cm stark. Die Ausladung des Gesimses beträgt an der obersten Mauersteinlage 46 cm. Trocken wäre nach der Konstruktion des Gesimses dasselbe ohne besondere Ankerkonstruktion tragfähig gewesen, was auch die stehenden gebrochenen Eben beweist, wenn nicht die Mitte des Gesims aus 16 nebeneinander liegenden russischen Rohren bestanden hätte. Hätte eine genügende Abstützung dieses Gesimsmittelstücks stattgefunden, die bis zur Festigung des über dem Gesims noch mindestens $3\frac{1}{2}$ m hoch aufzuhaltenden Schornsteintops den Sitzpunkt für daselbe zu bilden gehabt hätte, dann wäre die Katastrophe unmöglich gewesen. Tragisch bleibt es ja immerhin, ob es nicht an und für sich gerathen gewesen wäre, für die angenommene Mauerstärke eine geringere Ausladung zu wählen. Der Einpendler knüpft hieran folgende Betrachtung:

Wann endlich wird hier in Hamburg ein Baugesetz zu Stande kommen, welches das Publikum so wie die ausführenden Arbeiter vor schwindelhafter Bauausführung und auf diese Weise an Leben und Gesundheit schützt? Eine Faute sind bereits vergangen, seitdem der hiesige Fachverein der Maurer und der Volksverband der Zimmerer in einer Petition Senat und Bürgerschaft um die Reibildung des Baugesetzes ersuchten. Seither bisher vergebens. Wir erinnern an den Einsturz der Gebäude am Spedtsplatz, an den Einsturz der Brünnnerischen Neubau am Ebendorferweg, an den Einsturz in der Volksdorffstraße, an den Treppeneinsturz in der Neustädter Zollentlastung, an den Giebelinsturz in der Schellingstraße, und noch immer ist nichts geschehen, um diesem Unwesen wirksam zu steuern. Sollte Angenicht dieser Thatsachen nicht endlich das große Publikum energisch Protest gegen solche Unselbstredlichkeit erheben und von den geschobenden Fürsprechern die Befreiung dieser Miß-

wirtschaft durch Schaffung eines den heutigen Zeiten häftigen entsprechenden Baupolizeigesetzes verlangen?

Über die Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker Nürnberg

geht uns eine Schriftleitung zu, die im Großen und Ganzen auch auf andere Städte passen dürfte:

„So willkommen der eingetretene Frost jenen umständlichen Bewohnern gekommen sein mag, welche von Überschwemmungen heimgesucht oder bedroht waren, so viel Glück hat er über Tausende und Tausende von Arbeitern gebracht, denen er in einer Nacht die Erwerbsquelle abgeschnitten hat. Wir wollen nur die eingeretteten Käste unfreiwillig pausieren müssen und nun das Heer der Arbeitslosen vermehren. Auch in hiesiger Stadt hat der eingetretene Frost viele Bauhandwerker erwerbos gemacht. Die Zubberträume in den Gerichtssälen füllen sich, bieten sie doch den Arbeitslosen Gelegenheit, auf einige Stunden Schuß gegen Kälte und Unbill der Winterzeit zu finden. Auch in den Schnapsbänken, den eigentlichen Herbergen der Arbeitslosen, wird es lebendiger als sonst. Der Schnapsbänkländer ist der Einige, der aus der Arbeitslosigkeit der Proletarien Vortheil zieht. Er bietet den Armen für wenig Geld ein Mittel, das seine erstarnte Glieder lebt, seine erlahmten Nerven anreibt, die Sinne verwirkt. In der Schänke trifft der Arbeitslose Lebensgefährten, die mit ihm fühlen und denken, denen er vertrauen kann. Von der Brauereiwinde in der Gerichtsstadt, erst als Hübler, später als Ingelatter, sind sie aufzufinden die Stationen, die sie auf dem Wege in's Buchtbaumhaus pausieren; die Arbeitslosigkeit hat sie doch gebracht aufrecht, nicht alle betreten diese Bahn. Viele suchen sich aufrecht zu halten im wilden Kampf um's Dasein, leben Hunger und Eltern, um ihre Familien willen. Sie findet man nicht, aber doch nur vorübergehend, in der Schnapsbänke: nein in den Straßen, auf den Plätzen stehen sie, postieren sie sich gruppenweise und laufen, ob sich nicht Gelegenheit bietet, etwas zu verdienen. Des Abends belagern sie die Büros der Zeitungen, lange ehe das erste Blatt, die Magazin verläßt. Ein Dränger und Wogen beginnt, wenn die Zeitung verabreicht wird, als ob vor der Erlangung der ersten Nummer das ganze Lebenbüchlein eines Menschen abhängig wäre. In elender Hoff werden die Interessenspäster durchgezogen, ob nicht irgendwo eine freie Stelle zu haben ist. Ist die Stelle eines Haushaltmänts oder Ausgehornt daran, — andere Arbeitsgelegenheit zieht es jetzt überhaupt nicht — so beginnt ein wälder Wettkampf nach der begehrtesten Adresse. Jeder möchte der Erste sein und jeder kommt zu spät, da in der Regel die Stelle schon besetzt ist, ehe das Blatt erscheint. Betriebe geben die Gefangenschaft nach Haus, zurück in's alte Glück. Nach dem Kanal, an die Weiber, lassen die Leute am nächsten Morgen ihre Schritte, ob die Eisdecke noch nicht stark ist, um das „Eis“ beginnen zu können. So unangenehm und gefährlich dieses Geschäft auch ist, stets steht mehr Leute vorhanden als notwendig, um für wenig Geld das Eis herauszuholen. Für Hunderte bietet diese Beschäftigung bei anhaltendem Frost Wochenlang Arbeitsgelegenheit. So verstreicht Woche für Woche, den Arbeitsleuten in den meisten Fällen zwingend, alles irgendwie Entbehrliche zu veräußern oder zu verpfänden, um nur das Allernotwendigste für die Familie zu beschaffen. Besonders in diesem Winter wird die Zahl Deerer, die einen solch mühseligen Kampf um's nackte Leben zu führen haben, eine große sein. Zu den regelmäßigen um diese Zeit arbeitslosen Bauhandwerkern und sonstigen im Freien hantirenden Arbeitern gesellen sich noch viele, welche die anstreitende Krise schon fast gestellt hat. Dazu die hohen Preise für Kohlen, veranlaßt durch die Häufigkeit der Kohlenbarone, die durch Böle und Biechtführer verbote künftig in die Höhe geschraubten Fleischpreise, das kleine Brot und die teuren Kartoffeln. Wahrschau, es willt Alles zusammen, um dem Arbeiter, besonders den Arbeitslosen, das Leben zu verbittern. Die Arbeitslosigkeit ist von allen Nebeln, mit denen das arbeitende Volk beschwert ist, die schreckliche Geisel. Wie das Schwert des Damokles schwingt sie über dem Haupt jedes Arbeiters und zwingt ihn, jede Unruhe zu ertragen. Sie ist der Hauptgrund, der so viele Arbeiter in ihren Organisationen fernhält, sie veranlaßt, bei Wahl ihre Stimme gegen ihre Überzeugung abzugeben. Sie ergänzt, fort und fort, die Referendumswahlen, welche den Arbeitern jede freie Bewegung unmöglich macht. Sie strafft Eme Lügen, welche behaupten, daß das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern auf „freier Verhandlung“ beruhe. Sie ließt jährlich Tausende in die Buchtächer und Armenhäuser und Hunderte veranlaßt zum Selbstmord. Wird die Arbeitslosigkeit in der heutigen Gesellschaft jemals besiegt werden? Nein! Diese forthärrenden Erfindungen, die Vermehrung der Maschinen, die fortwährende Arbeitsheilung, im Bunde mit unserer anarchistischen unlinigen Produktionsweise, setzt immer mehr Arbeiter außer Ausr, beschleunigt und verstärkt die Krisen. Wandel wird auch hier erst der Sozialismus schaffen, der die Produktion planmäßig ordnen und das Gespenst der Arbeitslosigkeit für immer beseitigen wird.“

Situationsberichte.

Maurer.

Berlin. Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 27. November eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Herr Werner, über die Ausführungsbestimmungen der Alters- und Invalidenversicherung referierte. Er beleuchtete Gangs seiner Rebe die Arbeitsergebnisse, welche weit durchaus einzigartig, nicht die Sympathie der arbeitenden Klasse erwecken könne und nicht einmal annähernd den Erfassen vom 4. Februar entspreche. Sie ziele ganz besonders darauf hin, den Arbeiter an den Unternehmern zu festeln. Was die Invalidenversicherung betrifft, erläuterte Redner, daß alle

Personen vom 16. Lebensjahr an versicherungspflichtig wären und einer der vier Lohnklassen, wovon die erste von M. 350 Jahreseinkommen 7 $\frac{1}{2}$ wöchentlich, die zweite von M. 550–500 10 $\frac{1}{2}$, die dritte von M. 500–850 12 $\frac{1}{2}$ und die vierte von M. 850 und darüber 15 $\frac{1}{2}$ wöchentlich als Beitrag zu entrichten hat. Dieser Beitrag fällt jedoch nur zur Hälfte den Arbeitern zu Last, da die andere Hälfte den Unternehmern tragen muss. Weiter erklärt der Referent, wie die Beiträge allgemein ähnlich den Krankenkassenbeiträgen entrichtet werden, die Quittung dagegen auf einer Karte durch Aufkleben von Marken erfolgt. Weiter ergibt sich Herr Werner darüber, wer denn eigentlich des Segens der Versicherung thieftlich werden könnte, hierzu empfiehlt er besonders den älteren Kollegen die bekannte kleine Broschüre über Invaliden- und Altersversicherung. Die Erledigung des „sozialen“ Gebäudes sei aber die Altersrente. Wohl nur sehr Wenige erreichen das 71. Lebensjahr, um sich an den 33 $\frac{1}{2}$ täglich gärtlich ihm zu können. Redner ermahnt die Kollegen, nicht zu ruhen und die Hände in den Schoß zu legen, sondern an dem Neubau der jetzt bestehenden Gelegenheit zu arbeiten. Dies könne aber nur dadurch geschehen, daß bei den Reichstagswahlen Männer gewählt werden, welche die Prinzipien der Sozialdemokratie vertreten. Die Zeit habe gelehrt, daß nach anderer Richtung eine richtige soziale Reform nicht zu erkennen sei. In der nun folgenden Diskussion stellte sich Herr Buchholz auf einen anderen Standpunkt, indem er vorläufigen Zweckbedeutung ermauert. Man soll das ausnutzen, was gegeben ist. Die Ausführungen unterfragt Herr Werner an einer scharfen Kritik und hos besonders die Worte Kaselle's hervor: „Euer versuchte Zufriedenheit ist Euer Ruin.“ Das Reichstagswählreglement, welches der Vorstand der Versammlung jetzt vorlegt, wurde von Herrn Werner genau erläutert und lebhaft diskutiert. Da es nun im Laufe der Debatte zu keiner Konsolidierung kam, so beantragte der Referent beabsichtigte Neorganisierung des Statuts, sowie des Agitationselements eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen. Dieser Antrag wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertragen, welche am Sonntag, den 17. Dezember, stattfinden soll. Einen Gedanke, daß französische Räte mit M. 20 zu unterfügen, wurde stattgegeben. Unter „Beschiedenes“ wurde noch die Sache Schmidt contra Werner wegen Ausstellung einer Quittung vom Ausfahrt zu Gunsten Werner's erörtert. Die Mitglieder Franz Helm und Karl Bartel werden erneut, wie Mitgliedsbücher im Geschäftslotterie zu kaufen, neue Friedensstraßen u. Rosenstraße-Ede in Empfang zu nehmen.

Nordenham. Zum 23. November war hier eine öffentliche Maurerversammlung einberufen worden, in welcher Herr Paul von Hannover einen Vortrag halten wollte. Doch es kam anders! Ein schön geheimer großer Saal stand zur Verfügung, die Kollegen waren alle müßig vom Einberufen eingeladen und zum Lesefest war das Stattdinden der Versammlung noch öffentlich bekannt gemacht, auch waren zwei großherzogliche Landgendarmen erschienen. Und wie viel Maurer hatten der Einladung Folge geleistet? Sage und schreibe: zwei Männer! Natürlich kommt aus der Versammlung nichts werden; der Referent sieht den Anwesenden die Grundsätze der Organisation in gemäßigtem Gespräch auseinander, bezeichnete die Verbreitung des „Grundstein“ als notwendig zur Auflösung des indifferenteren Kollegen, worauf der Einberufen sich bereit erklärte, unter den hier arbeitenden Kollegen für die Gründung eines Fachvereins einzutreten. Das Aufsäßliche ist aber, daß mehrere Maurer, die in Mietshäusern und Bremervorwerken sowie den dort existierenden Vereinen angehört haben, hier zur Gründung einer Organisation nicht zu bewegen waren. Was mögen diese Kollegen dort für „eifrige“ Mitglieder gewesen sein?

Dreieichenhain. Unter dem Vorsitz des Herrn Knieß tagte hier am 1. Dezember eine Versammlung des hiesigen Hilitte des Maurerfachvereins von Frankfurt a. M., in welcher Herr Abel Bonn einen umfassenden Vortrag über die Koalitionen der Unternehmer im Gegensatz zu den Arbeiterkoalitionen, sowie über den Werth der Arbeitszeitverkürzung hielt. Sodann erläuterte der Referent die Bedeutung der Statistik für die Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der vom Hauptvermögen der Unternehmern Statistik und empfahl schließlich die Gründung einer Bibliothek, sowie das Abonnement auf den „Grundstein“. Die Versammlung erklärte sich darauf in einer Resolution mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Zum Schlus machte der Vorstand noch auf den Ausfall der Tabakarbeiter in Hamburg und Umgegend, sowie in Schwerin aufmerksam und der Aufruf an die Anwesenden, für die Unterfütterung der Ausgeschlossenen einzutreten, wozu sich die Versammlung auch vertreten erklärte.

Bernburg. Am 30. November tagte in der „Schloßbrauerei“ hierelbst eine öffentliche Maurerversammlung. Nachdem Kollege Hugo über den Anwendung des Brem. und die Aufgaben eines Vertrauensmannes Vorgelegt, sowie über die Gewerkschaftskonferenz in Berlin berichtet hatte, wurde Kollege Vogel unter allgemeinem Beifall als Vertrauensmann gewählt. Nach Erledigung einiger dräuzlicher Angelegenheiten wurde Johann die schwach berücksichtigte Versammlung geschlossen. Hierauf sandte die erste Generalversammlung des hiesigen Maurerfachvereins statt. Nach vollzogener Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern wurde die Vorstandswahl vorgenommen und nach langer Diskussion der bisherige Vorstand mit großer Majorität wieder gewählt mit Ausnahme des zweiten Schriftführers, welche eine Wiederwahl ablehnte, worauf an dessen Stelle Kollege Amburg als solcher gewählt wurde. Ferner wurde über die Wahl einer Votumkommission beraten. Ein Redner befürwortete die Wahl einer solchen, indem er die Anwendungen über die Folgen einer solchen Wahl gründlich zu machen suchte, worauf Kollege Vogel die Ausführungen des Vorstandes widerholte und die sofortige Wahl einer Votumkommission befürwortete, womit sich die Versammlung auch einverstanden erklärte. Folgende fünf Kollegen wurden alsdann in die Votumkommission gewählt: Kreisel,

Wiederhold, Baedele, Kraatz und Borner. Ferner wurden die Kollegen Stöde und Heine als Stellvertreter gewählt. Nach Abzug einiger unentschließender Statutenänderungen wurde beschlossen, die Beiträge für Dezember, Januar und Februar abzuschaffen, die Versammlungen jedoch regelmäßig abzuhalten. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden zu ununterbrochener Agitation für den Verein, sowie zum Abonnement auf den "Grundstein"; auch machte er noch auf die Notwendigkeit der Ausfüllung der statthalber Fragebögen aufmerksam. Nachdem die Versammlung eine Resolution, welche die angeführten Beschlüsse ausführlich enthielt, angenommen hatte, erfolgte Schluss der Versammlungen.

Karlsruhe. Die außerordentliche Jahresversammlung des hiesigen Maurerfachvereins tagte hier am 23. November. Nachdem die Erhebung des rückständigen Beitrages von den in der Versammlung Anwesenden erfolgt war, sollte die Vorstandswahl vorgenommen werden; da sich jedoch Niemand zur Annahme eines Amtes bereit erklärte, war der bisherige Vorstand am Beibehaltung der bisherigen Funktion gezwungen, um den Verein nicht eingehen zu lassen. Hierauf legte der Kassier die Abrechnung für das verflossene Geschäftsjahr vor, welche bei einer Einnahme von M. 176.80 ein Defizit von M. 1.50 ergab. — Im Übrigen sieht es hier sehr traurig aus, da den hiesigen Kollegen das Selbstvertrauen fehlt und sich einer nach dem Anderen von dem mit so großen Hoffnungen geschaffenen Verein abdrückt.

Schweidt a. O. Am 30. November tagte hier unter dem Vorsitz des Kollegen Griep eine außerordentliche, recht gut besuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Freien Vereinigung. Nach Erledigung der Kassen geschäfte wurde zur Tagesordnung der Antrag des Vorstandes, mehrere Kollegen auszuschießen und innerhalb zwei Jahren in die hiesige Vereinigung nicht wieder aufzunehmen, außer wenn dieselben sich in dieser Zeit durch ein den Interessen des Vereins nicht zu widersprechendes Benehmen ausgezeichnet haben, einstimmig angenommen. Sodann wurde eine Lohnkommission gewählt, welche mit den Westfern über die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit verhandeln soll. Die Anträge der Kollegen Lange und Büttel betrifft die Reiseunterstützung usw. Anschaffung einer Bibliothek müssen wegen vorgerückten Zeit zur nächsten Versammlung verlegt werden. Mit einer herzlichen Aufforderung an die Anwesenden, die Organisation hochzuhalten, schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Görlitz. Am 6. Dezember hielt der Verein der Maurer und Steinmesser eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher nach Erledigung der Kassen geschäfte über einige Unregelmäßigkeiten, die sich auf einem Bau zugetragen hatten, verhandelt wurde. Ferner wurde eine Kommission gewählt zur Überwachung und Einziehung der statthalber Fragebögen. Ein Antrag um Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitgliedes wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden. Einem erkantnen Kollegen wurde M. 15 Unterstützung bewilligt. Nachdem noch bekannt gemacht, daß am 8. Januar eine Generaterversammlung stattfindet, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Leipzig. Am Dienstag, den 2. Dezember, fand eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Leipzig und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Die Berliner Gewerkschaftskonferenz im Richte der englischen Gewerkschaften. 2. Verschiedenes. Das Referat hatte Kollege Großmann zu übernehmen. Derselbe führte aus: Bereits im siebzehnten Jahrhundert ließ die englische Arbeiterbewegung in Fluss gelommen, um derselben aber entgegenzutreten, habe man um das Jahr 1800 durch Gesetz allen englischen Gewerkschaften das Koalitionsrecht genommen, welches man aber im Jahre 1850 wieder erlosch. Die älteren englischen Gewerkschaften seien jedoch mit unserem Gewerkschaftskartell nicht zu vergleichen. Seltzer habe man die nicht-gelernten Arbeiter in die Trades Unions nicht aufgenommen, was bei uns in Deutschland nicht der Fall sei. Die Berliner Gewerkschaftskonferenz habe beschlossen, für Zentralorganisation einzutreten und Abwehrkreis zu unterstützen, von einem Kongress aber vorläufig abzusehen, bis die Gewerkenbewegung durchheran sei. Die Sachen müssten sich nach Möglichkeit an der Zentralorganisation befreihen; es sei unsere Pflicht, für genügende Gelder zu sorgen. Redner ermahnte die Kollegen, sich mehr des Betriebs zu befreijen und wendete sich gegen Diejenigen, welche die Gewerkschaftsbewegung hintenanziehen und nur durch die Politik alles erwarten. Der Arbeiter müsse erst wirtschaftlich stark sein, ehe er politisch vorgehen könne. Kollege Jacob erwiderte: Die Konferenz habe die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie die zentralistische Organisation als die beste anerkenne und es sei unbedingt erforderlich, für dieselbe einzutreten. Da vorwiegend durch die neue Gewerbenovelle das Koalitionsrecht eingeschränkt werde, habe man beschlossen, den Kongress später einzuberufen und die Kommission beauftragt, eine Vorlage zum Kongress auszuarbeiten. Auch wir haben die Pflicht, uns zu organisieren und zwar dadurch, daß wir die Kongressbeschlüsse anerkennen. Auch habe die Konferenz beschlossen, die wirtschaftlich schlechter gestellten Arbeiter in ihrer Ausbildung zu unterstützen. Kollege Siegel führt an: Wenn wir uns in Sachen auch nur total organisieren könnten, so müsste uns doch Zentralisation des Geleit verhindern. Zum Punkt "Beschiedenes" teilte Kollege Jacob mit laut einer Anfrage in der vorherigen Versammlung, daß in Buxtehude nichts vorliege. Kollege Großmann bedauerte, daß die Kollegen wiederum so schwach vertreten seien und wünscht, daß man Präsidialstelle gründe. Er beantragt: den Vorstand zu beauftragen, in dieser Hinsicht eine Vorlage zu machen. Es traten mehrere Redner für diesen Antrag ein, worauf derselbe angenommen wurde. Kollege Müller bedauerte, daß gerade das Ostbürolet nicht schwach vertreten sei. Kollege Wethold stellte die Anfrage, ob jemand in der Lage sei, Auskunft über die Abreise des Kollegen Schröder zu geben. Kollege Becker teilte mit, daß derselbe in der Brandvorwerksstraße ge-

wohnt habe. Der Schriftführer wurde beauftragt, Erklärungen einzuziehen und an die betreffende Abreise im "Grundstein" Mitteilung zu machen. Der Vorsitzende erinnerte die Kollegen nochmals daran, mehr zu lesen und sich auszubilden und schließt hierauf die Versammlung.

Ludwigslust. Am 30. November hielt der Maurerfachverein von Ludwigslust und Umgegend seine regelmäßige Versammlung unter dem Vorsitz des Kameraden Ahrendt im Vereinstoß ab. Um 1 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Zur Tagesordnung gehörte: 1. Erhebung der monatlichen Beiträge. 2. Rechnungsablage vom vorigen Jahre, ebenfalls die vom Stiftungsfeste. 3. Beschlußfassung über § 28 des Vereinshaupts. 4. Wahl der Revisoren zu statistischer Erhebung. Punkt 1 wurde, da die Versammlung ziemlich gut besucht war, rasch erledigt. Die Rechnungsablage vom vorigen Jahre sowie vom Stiftungsfeste wurde vom Kassier verlesen und von der Versammlung richtig befunden. Dann hielt Kamerad Wulf einen ersten Vortrag, welcher von der Gesellschaft mit Begeisterung aufgenommen wurde. Kamerad Widding II wurde als Kontrolleur gewählt und diesem das Recht vom Vorstand ertheilt, sich von jedem Mitgliede, sofern es das Votum betrifft, sein Buchvorleges zu laufen und Zeugen, der mit drei Beiträgen im Stande ist und nicht bezahlt, aus dem Votum zu weisen. Zu statistischen Erhebungen wurden die Kameraden Schlüns und Chrzan gewählt. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt, schloß um 6 Uhr der Vorstand

Wandsbek. In der am 2. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins referierte Kollege Effing e über "Die Gesellenausflüsse im Sinne der Firma". Redner führte an, wie aus einem Artikel des "Grundstein" und "Echo" zu erscheinen, würde die Baugewerbe-Firma zu Hamburg in aller nächster Zeit den Versuch zur Wahl eines Gesellenausflusses machen. Da aber in diese Ausschüsse nur dem Meister ergebene Gesellen gewählt würden und diese Unlinnen überhaupt nicht auf gesetzliche Basis beruhe, ist Redner der Ansicht, daß wir uns energisch gegen diese Wahl verwahren. Well, wir als Arbeiter müssen wir eine Selbstständigkeit und die Versammlung der Arbeit schaffen, müssen wir eine Selbstständigkeit der Organisation haben. Wie sich die Unternehmer zu immer größerer Verbänden organisieren, müßten wir das Gleiche thun. Das Wort, welches der verstorbene Kaiser Friedrich gesagt: "Nur die vereint sind, können etwas vermögen, wer allein steht, geht verloren", müssen wir uns zu Einen machen und für Schaffung der Zentralisation wirken. Die Kollegen Prater und Baumann sprechen im gleichen Sinne. Ersterer wundert sich, daß die Firma nicht die Fachvereine anerkenne wolle, da die Fachvereine doch den Kern der Arbeiter bilden. Hamann führt an, die Unternehmer pochen auf das Recht des Statuten, ihre Stärke sei das Kapital. Wir aber, als Arbeiter, seien verpflichtet, unsere ganze Kraft der Organisation zu widmen, um durch diese dem Kapital gewachsen zu sein. Hierauf wurde das Verhalten einer ganzen Anzahl Kollegen gerügt, welche sich gegen den Bohrkarren vergangen, (Abdelen der Hallen und heizbare Baudenke). Es wurde beschlossen, diese Kollegen schriftlich an ihre Pflicht zu mahnen. Ferner wurde vom ersten Kassier die Abrechnung per Nov. verlesen und von der Versammlung für richtig befunden. Es wurden mit Schulden bestimmt: Ch. Oldag und H. Jacobson. Zum Schlusse wurde beschlossen, auf die Tagesordnung den nächsten Versammlung "Unter Doktorat und die Arbeit am Dreieck" zu legen. Schluss 10½ Uhr.

Jichoe. Am 2. Dezember hielt der hiesige Maurer und Steinmauerbildungsverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. zunächst wurde beschlossen, die Beiträge für die Monate Januar und Februar 1891 nicht zu entrichten. Sodann verlas der Vorsitzende ein Eingangsstück eines Firmausmeisters aus der Baugewerbe-Zeitung, worin darauf hingewiesen wird, daß durch die Baugewerbe den Firmausmeistern Konkurrenten herangebracht werden, und nur der Beschäftigungsnotwehrlich dagegen schaffen könnte. Nach gebührender Sitzung dieses von nachstehendem Unternehmungsregioismus zeugenden Artikels wurde weiter beschlossen, während der Wintermonate die Versammlungen statt um 8 Uhr um 7 Uhr zu eröffnen. Ferner wurde beschlossen, nach Neujahr ein Vergnügen abzuhaben, worauf ein zehnjähriges Festkomitee zu diesem Zwecke gewählt wurde. Schluss der Versammlung 11½ Uhr.

Barrentin. In einer am 1. November hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Maurer von Barrentin und Umgegend beschlossen die Anwesenden nach eingehender Debatte die Gründung eines Fachvereins, welcher sofort 23 Mann als Mitglieder beitreten. Die dann vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: H. Krämer (Zehlendorf), erster, Ch. Krämer (Schadeland), zweiter Vorsitzender, Ch. Bäppig (Barrentin), achter, H. Bartsch (Barrentin), zweiter Kassier und J. Pein (Zehlendorf) Schriftführer. Mit der Mahnung an die Anwesenden, nur auch treu für die Prinzipien des Vereins einzutreten, schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg. In der am 4. Dezember abgehaltenen mäßig besuchten Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins berichtete der Vorsitzende zunächst, daß der Vorstand nach vorangegangener Ratsprache mit dem Vorstand des hiesigen Polvortorevereins beantragt, den in der Hauptversammlung gestellten Antrag, die Verbreitung des "Grundstein" von den geschäftsmäßigen Polvortoren bewerftstelligen zu lassen, abzulehnen und in Rücksicht darauf, daß bei der Verbreitung der zukünftigen Kongresse die Organe jenseits auch eine weitere Regelung erfassen werde, bis dahin die Verbreitung des Fachorgans am Orte in bisheriger Weise zu vollziehen. Sollte diese Frage auf dem Kongreß nicht geregelt werden, dann sei dieselbe speziell für Hamburg einer neuen Beratung bzw. endgültigen Beschlußfassung zu unterziehen. Nach kurzer Debatte wurde dieser An-

trag mit großer Majorität angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, "Werth der Central- bzw. Zentralorgansition", referierte in längerer Ausführung eben der Vorsitzende, indem er die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz eingehend erläuterte. Am Schlusse seiner Ausführungen beantragte Redner die Annahme einer Resolution, nach welcher die zum nächsten Kongreß zu wählenden Delegierten verpflichtet werden sollten, im Sinne der Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz auf dem Kongreß zu wirken. Die an der Diskussion teilnehmenden Redner waren sämtlich für die Zentralisation ein, hielten aber größtentheils die Annahme der Resolution noch für verfehlt. Schließlich zog der Referent die Resolution zurück mit dem Vorbehalt, dieselbe zu geheimer Zeit wieder einzubringen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung beprach der Vorsitzende den am 2. November passiven Gerüstsatz in der Schleswiger Straße (vgl. die Darstellung des Unfalls unter "Gewerkschaftliche Angelegenheiten"), wobei er den Schiedsgang der Hamburgischen Gesellschaft in Betreff der Umänderung des Baupolizeigesetzes kritisierte. Nach der Meinung des Redners müßte der Unfall an der Leitung des Baues liegen, die sich in Händen des Unternehmers befindet, da derselbe einen Partier nicht ange stellt habe. Nach kurzer Debatte über den Unfall wurden zu dem Punkt der Tagesordnung: "Unter Doktorat und die Arbeit am Dreieck", die beiden Mitglieder H. und A. Sübbe, die wegen angeblicher Bergrechts gegen den Tarif zur Versammlung eingeladen, jedoch nicht erschienen waren, nach längerer Verhandlung ausgeschlossen, während zwei weitere Kollegen, deren Adresse bisher nicht zu ermitteln gewesen, nach Beschlußfassung der Abreise zur nächsten Versammlung erledigt, schloß um 6 Uhr der Vorstand.

Harburg a. C. Eine Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins tagte am 4. Dezember im Vereinstoß. Zunächst wurde verhandelt über einen Antrag des Kollegen Weniger, betreffend Neuwohl seinen ersten Antrag motiviert batte, nahm die Versammlung eine vom Kollegen Schlicht eingerichtete Resolution an, in welcher sie mit den Ausführungen des Antragsreferenten sich nicht einverstanden erklärte. Da aber der erste Vorsitzende bereits in der vorhergehenden Versammlung sein Amt niedergelegt hatte, so mußte die Neuwahl vorgenommen werden. Das Resultat derselben war die Wiederwahl des seitigeren Inhabers dieses Amtes, Kollege Garms mit 52 gegen 19 Stimmen, welche auf den Kollegen Münnic fielen. Mit Dankesworten für das ihm verleihte Vertrauen nahm Kollege Garms die Wiederwahl an. Sodann wurde die Richtlinienfeststellung des Doktoratseitens einiger Vereinsmitglieder kritisiert. Zur nächsten Versammlung sollen zweds endgültiger Regelung dieser Angelegenheit die betreffenden Mitglieder eingeladen werden mit dem Wermert, daß im Falle ihrer Nichterscheinens der sofortige Abschluß erhobene Beschlußigung, daß es wichtige Vereinsbeschlüsse dem Maurergewerbe (Kunstgewerbe) verrathen habe, soll in nächster Versammlung verhandelt werden.

Celle a. S. In der am 29. November unter Vorsitz des Kollegen Wostort stattgehabten öffentlichen Maurerversammlung verfasste der Kassier der Gewerkschaftsliste zunächst die vor den Revisoren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung. Die Versammlung ertheilte Deckung und wählte sodann den seitigeren Kassier, Kollegen Helmke, wieder, zum Stellvertreter der Revisoren Schäfer und als Revisoren die Kollegen Göthe und Künnick. Folgender Beschluß wurde gefasst: Feder der Rose angestellende Kollegen erhält, wenn er sechs Wochen franz. und arbeitsfähig gewesen, eine Unterstützung von M. 30 und in der 14. Arbeitswoche abermals eine solche in gleicher Höhe. Um wieder Anspruch auf Unterstützung machen zu können, muß er wieder 12 Wochen gearbeitet haben. — Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, betr. Gründung eines Fachvereins, wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. Celle. Am Sonntag, den 30. November, fand im Stoß zu "Minze" eine öffentliche Versammlung der Maurer von Celle und Umgegend statt. Auf der Tagesordnung stand: Stellung zur Lohnfrage für nächstes Jahr. In das Bureau wurden die Kollegen F. Becker als erster, F. Wölker als zweiter Vorsitzender und A. Weinreich als Schriftführer gewählt. Zunächst ergriff Kollege Seelig das Wort und schilderte der Versammlung die Vergänglichkeit der Arbeiter, wo der Verbleib allerdings niedriger war wie jetzt, aber dementsprechend auch der Preis der Lebensmittel. Redner führt einige notwendige Konsumartikel an, welche der Arbeiter früher gar nicht kannte, heute sich aber unabdingt notwendig gemacht haben. Danach kritisierte Redner noch die Ausbeutungssucht der Unternehmer, die nicht fragen, ob der Arbeiter auch seine Familie bei den jetzigen Lohnverhältnissen ernähren kann oder nicht. Darum sei der Arbeiter verpflichtet, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen und nicht, wie es tatsächlich oft der Fall ist, schlechter behandelt zu werden, als die Magdalinen und das Vieh, sich zu organisieren. Dann wurde nach längerer Debatte, hauptsächlich über den zu beanspruchenden Minimallohn, die von der Lohnkommission ausgearbeitete schriftliche Vorlage einstimmig angenommen. Kollege Göldammer erbot sich, die vor der Versammlung beschlossene Sammlung von Unterschriften der Kollegen einzuholen, er soll dafür von der Versammlung mit M. 3 Entschädigung bedacht werden. Sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Alttona. Der Votabverein der Maurer Alttona hielt am 2. Dezember im Votab "Ahrendts Ballhaus" in Ottensen eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintreten in die Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, einen Theil der inneren Vereinsangelegenheiten zurück zu verhandeln, welches von der Versammlung angenommen wurde. Hierauf erhält ein Mitglied des Aufnahmeteams das Wort und erläuterte, ein früherer Unternehmer, jetzt wieder gewöhnlicher Geselle, wünschte die

Aufnahme in unseren Verein. Die Kommission hätte aber die Aufnahme beantragt und zwar aus dem Grunde, weil der Betreffende sich während der Zeit, daß er Meister war, nicht besonders gut gegen den Verein benommen habe. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, in der konstatiert wurde, daß der Betreffende auch noch Leute um ihren verdienten Vorn gebracht habe. Es wurde darauf mit großer Majorität beschlossen, den früheren Meister nicht aufzunehmen. Hierauf sprach der Vorsteher die augenblickliche Lage hier am Orte und hob hervor, daß die Herren Unternehmer sich diesen Sommer die größte Miete gegeben hätten; unserem Verein den Garau zu machen. Daß den Herren dies nicht gescheit sei, sei der Einigkeit der Maurer Altonas zuzuschreiben, denn diese hätten ihre Position aufrecht erhalten. Daß man die Hauptforderung schon hätte wieder durchsetzen sollen, sei doch nicht zu verlangen, wenn man bedenke, was die Innungsmetiere hier diesen Sommer Alles hereingeholt haben. Nicht nur Maurer, sonder Alles, was nur Stelle und Hammer haben könne, gelte ja diesen als ein läufiger und friedliebender Maurer; damit habe die Innung ja bekanntlich das Handwerk. Redner stellte den Antrag, eine Kommission zu wählen, um eine Statistik aufzunehmen, damit man vonstatten könne, wie viel Importierte hier augenblicklich noch anwesend seien. Dieses wurde von der Versammlung einstimmig angenommen und sieben Männer in die Kommission gewählt. Der Kassier Hühner verlas sodann die Abrechnung, welche als richtig von der Versammlung anerkannt wurde. Anschein wird beschlossen, die Fonds des Extrateuer von diesem Sommer der Vereinskasse zu überweisen. Den alten Mitgliedern F. Schäfer und H. Maack werden je M. 50 aus der Vereinskasse gegeben. Für die ausgewanderten Zigarrenarbeiter wurden M. 100 ausgestellt. Für die Wanderunterstützung wurden M. 100 ausgestellt.

Berlin. Eine öffentliche Maurerversammlung war für den 2. d. M. nach dem Saale der Norddeutschen Brauerei einberufen. Die für den Stadtteil Norden bestimmte Versammlung war die Folge eines vorher in einer öffentlichen Maurerversammlung gefassten Beschlusses, in der vier Hauptstadtwerke Berlins öffentliche Maurerversammlungen einzuberufen, behufs Erörterung der Organisationsfrage der Berliner Maurer, der Frage, ob zentrale oder lokale Organisation. Der Vorst. führte Herr Dietrich. Der einleitende Vortrag hielt Herr Lorenz aus Großenhain (Sachsen). Redner war für eine Zentralisation der deutschen Maurer ohne Statuten, für eine Zentralisation, die neben den lokalen Organisationen besteht und über denselben steht. Redner war der Meinung, daß eine derartige Zentralisation schon bestehen in Gestalt der akzessiönen Kongresse, der Geschäftsführung u. dgl. m. Auch befürwortete Redner die Gründung von Generalsfonds an allen Orten und den Zusammenschluß der Gelder an einer Zentralstelle. Des Weiteren wünschte Redner durch eine derartige Zentralisation eine Regelung der Frage der Beleidigung der Kongresse, d. h. eine Verstärkung der Delegiertenzahl im finanziellen Interesse. Obgleich prinzipieller Anhänger der zentralen Organisation präsidierte Referent seinen Standpunkt schließlich dahin, daß er unter den gegebenen Verhältnissen für die Beibehaltung der lokalen Organisationen und die Schaffung einer zentralen Organisation in obengenannten Weise sei. Als Korreferent war Herr Werner aufgestellt. Derjelbe verzichtete auf sein Korreferat, weil der Referent voll und ganz seinen Standpunkt vertreten habe. Diese Erklärung wurde von Herrn Dietrich wie auch von Herrn Büchholz freudig begrüßt, daß nach ihrer Meinung Herr Werner endlich befindet habe, welchen Standpunkt er eigentlich einnehme, da mit Recht blühen angenommen worden sei, daß er Berlin isolieren wolle. Herr Büchholz empfahl, ebenfalls auf dem Boden des Referenten stehend, die Beißlung des 7. deutschen Maurerkongresses, während Herr Dähne den Leiter der Berliner Maurer empfahl, nummehr auch nach ihrer erklärten Meinung zu handeln, für daß vom Kongreß beßlissene Fachorgane einzutreten und die für die Allgemeinheit bestimmten Gelder derselben nicht vorzuhalten. Herr Dietrich teilte gleichfalls den Standpunkt des Referenten und wünschte die Abhaltung der bisher zu Tage getretenen Mängel und Fehler der bisherigen lohen Zentralisation dem nächsten deutschen Maurerkongress vorzuhalten. Redner war der Ansicht, daß nunmehr endlich die Klärung sich vollziehe, daß die übrigen Versammlungen ein gleiches Resultat hoffentlich haben werden und daß damit endlich die Streitigkeiten unter den Maurern verschwinden werden. Herr Werner ist vermautet sich dagegen, daß er der „Streithahn“ unter den Maurern Deutschlands sein solle, was auch nicht der Meinung, daß der Referent den Standpunkt der Geschäftsführung in Hamburg vertreten habe, daß diese vielmehr auf dem nächsten Maurerkongress mit dem Plan eines statutenmäßigen Zentralverbands hervortreten werde. Hiergegen verwahre er sich, er stehe vielmehr auf dem Boden der lohen Zentralisation. Die Verhauptung der Gewerkschaftsbewegung sagte Redner voraus, sobald die Politik aus derselben ausgegliedert werde. Würden die Berliner Maurer hierzu gedrängt, so werde unter diesen derselbe Kampf entbrennen, wie er bereits unter den Berliner Zimmerleuten besteht. Auch war er der Überzeugung, daß die Berliner Maurer-Organisation sich geistig entwideln werde, sobald insgesamt ein Beschluss bezüglich der Organisationsform in vorgeblichem Sinne gesetzt werde. Herr Lorenz kommt nicht umhin, sich dagegen zu wenden, daß man, weil er im Auftrage der Geschäftsführung nach Berlin gekommen sei, von vornherein angenommen habe, daß er den Standpunkt der Geschäftsführung vertrete und ihm demnachfolge einen Korreferenten befeilt habe. Redner betonte, daß er jederzeit nur seine eigene Meinung vertreten und seinen entwiderten Standpunkt auch auf dem nächstjährigen Kongreß hochhalten werde. Die weitere Debatte ging weit über den gestellten Rahmen der Tagesordnung hinaus. Referent gab zum Schluß seiner Begründung darüber Ausdruck, daß er sich mit den Berliner Kollegen im Einklang befinden habe, sowie der Überzeugung, daß der von ihm vertretene Standpunkt der der Majorität der Maurer Deutschlands sei und ermächtige die Berliner Maurer, sich

auf den Boden zu stellen, auf dem die Berliner Delegaten auf dem Kongreß zu Erfurt gestanden, d. h. die Kongressbeschlüsse hochzuhalten.

Nach Beantwortung verschiedener gestellter Fragen erfolgte die Berichterstattung über die Tätigkeit der Berliner Streit-Kontrollkommission durch Herrn Werner und Haupträischlich behandelte derselbe die Frage der Schaffung eines eigenen Unterstützungsfonds der Berliner Streit-Kontrollkommission durch Betrieb eigener Märkte. Redner war wohl für eine derartige Fonds, aber gegen den Marktvertrieb seitens der Berliner Streit-Kontrollkommission, war vielmehr dafür, daß der Kommission ein Prozentfakt von den Sammlungen zum Generalsfond der Maurer überwiesen werde. Im Übrigen bat er zugleich seiner überwiegenden Anfangnahme und Erhebung seines Amtes als Delegierter zur Berliner Streit-Kontrollkommission, Herr Dähne (ebenfalls Delegierter) teilte in der angeregten Frage die Ansicht des Herrn Werner. Die Frage der Erfragung für Herrn Werner wird in einer späteren Verhandlung geregelt werden. Bis dahin bleibt Herr Werner im Amt als Delegierter zur Berliner Streit-Kontrollkommission.

Berlin. Eine überaus stark besuchte Versammlung des Büros tagte Sonntag Vormittag unter Leitung des Herrn Büchholz in der Brauerei Königstadt. Dieselbe war so stark besucht, daß nicht nur der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, sondern auch in den Vorräumen die Menschen dicht gedrängt standen. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Erörterung über den Wert und die Notwendigkeit der Statistik. Herr Dähne führte hierüber folgendes aus: Die Statistik, die auf Gablen begründete Wissenschaft von den Zuständen in Staat und Gesellschaft, ist eine der notwendigsten Bedingungen zur Herstellung der Beweismittel für die Unhaltbarkeit der heutigen Produktionsweise und der bestehenden wirtschaftlichen Aufbaus überhaupt; ohne dieselbe ist ein gründliches Studium der sozialen Frage gar nicht möglich. Daher muß es auch das Bestreben der Arbeiterbewegung sein, diese so viel wie irgend möglich auszubauen. Die Notwendigkeit der Statistik wird heute selbst von den Regierungen erkannt. Es sind deshalb von diesen überall statistische Bureau eingerichtet worden, welche auch manches Rücksicht geschenkt haben. Doch bei einem befrüchteten Wirkungskreis und der vielfach falschen oder einseitigen Wirkung dieser Aufgaben haben dieselben bisher nichts Großeres erreicht. Eine rühmliche Ausnahme hat die Schweiz gemacht. Dort sind auch die meisten Erhebungen unter Mitwirkung der Arbeiterverbände bewirkt worden. Bei uns ist das Gegenteil der Fall, die Arbeiterverbände werden entweder übergegangen, wo sie schon ergriffen werden, da wird ihren Angaben keine Beachtung geschenkt. Es müssen daher die Arbeiter selbst, wollen dieselben sich Geltung verschaffen, die Sache in die Hand nehmen. Nur durch niedrige, in Jahren ausgedrückte Thatsachen können die herrschenden Massen und deren ausführende Organe von den einzelnen Missständen überzeugt werden. Zum Schlus empfiehlt Redner, die Veranstaltung einer Enquete über die Arbeits- und Wohnverhältnisse in ihrem Beruf. (Besfall.) In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, worauf die Versammlung dem gemachten Vorschlag betreffs der Enquete bestimmt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Delegierten der Berliner Streit-Kontrollkommission, brachte Herr Dähne als Delegierter der Gewerkschaft die Uebertragung dieser Kommission gefüllt haben, worauf er kurz die Tätigkeit und die Geschäftsführung derselben durchging. Er führte weiter aus, daß die Kommission beschlossen habe, den Gewerkschaften anheim zu geben, ob sie ihr Geldmittel überweisen wollen oder ob von ihr selbst Märkte ausgegeben werden sollen. Darüber sollen auch die Bücher sich schlüssig machen. Redner empfiehlt weiter, der Berliner Streit-Kontrollkommission Mittel zu überweisen, wo die Ausgabe von Märkten aus mehreren Gründen weniger zweckmäßig sei. Gäßelke beantragt, der Berliner Streit-Kontrollkommission M. 100 zu überweisen und den ausgesprochenen resp. streitenden Schuhmacher, den Tabakarbeiter in Ultuna und Eschwege sowie den Glasarbeiter in Bergedorf zusammen M. 500 zu gewähren, da der Kassenbestand etwa M. 800 betrage. Auf Beurtheilung des Herrn Dietrich wird dieser Antrag in ihrer Weise modifiziert, daß die Berliner Streit-Kontrollkommission nur M. 50 erhalten soll, da gegen den Bertrauensmann der Maurer Deutschlands für die ausgesprochenen Gewerkschaften M. 500 überweisen werden. Nach einer lebhaften Diskussion stellte sich die Versammlung diesem Antrag einstimmig an. Sodann wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die Lage der arbeitenden Klasse, durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang bedingt, eine immer gedrücktere wird und die politische Macht der Arbeiter noch nicht zu der Höhe gelangt ist, um in absehbarer Zeit eine Befreiung der Ursachen dieser Missstände herzuführen, kann, macht es die Versammlung allen Maurern und denen, welche sich mit Baubarkeit beschäftigen, auf die stärkste Pflicht, sich dem Fachverein der Bücher Berlins und Umgegend anzuschließen, um dem immer stärker werdenden Druck des Unternehmers durch Gewerkschaftsorganisation wirksam entgegentreten zu können. — Herr Gäßelke teilte noch mit, daß die ausgegebenen Fragebögen erst Ende dieses Jahres eingezogen werden sollen.

Potsdam. Am 2. Dezember hielt die Freie Vereinigung der Maurer und Berufsgenossen Potsdams und Umgegend ihre Monatsversammlung ab. Es wurden die verschiedenartig auf den Bürgern herrschenden Missstände beprochen und entdeckte sich hierüber eine längere Debatte, in der sich die Kameraden äußerten, daß es doch schwierig sei, wenn die Arbeiter meistens nicht die Baubüroleiter seien und außerdem mit Bürgern und anderen Bürgern zusammenleben. Es wurde aufgestellt, daß die Nachbarsleute aus den Fenstern und jeder Bürgertypus den darauf Erschienenen können. Die Sache soll in der nächsten öffentlichen Versammlung weiter besprochen werden, um diesen Missständen abzuhelfen. Es wurde über die wohlbekannten Erhebungsschriften, welche im Statutenbuch eingelebt werden sollen, gesprochen und beschlossen, solche nächstens anzusegnen. Die Freie Vereinigung zahlt vom 1. Dez. 1890 bis zum 1. April 1891 jedem hier durchzuhaltenden Kollegen, welcher nachweisen kann, daß er drei Monate vor seiner Wanderausbildung einem ähnlichen Vereine angehört hat, ein Gehilfen von M. — 50, an den hohen Feiertagen M. 1, welches beim Kollegen Wittenbecker, Schloßstraße Nr. 35, Nachmittags von 6—7 Uhr und Sonntags von 2—3 Uhr, in Empfang zu nehmen ist.

Dresden. Am Dienstag, den 3. Dezember, fand unter Vorst. der Kollegen Köhler und Bürger in Cöll's Gasthaus, Kleine Brüdergasse, eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Maurer und die Notwendigkeit einer Statistik. 2. Regierungsbüro der Sozialkommission, 3. Agitation und Organisation. 4. Neumahl der Sozialkommission, statt. Zum ersten referierte Kollege Edstein aus Zwönitz in schlagfertiger sprachlicher Weise, um vor Augen führen, wie traurig die Lage der Maurer in Deutschland in einschließlich ist; anderthalb, wo die Maurer aber ihre Pflicht gehabt und sich zur Organisation gestanden, waren alle Arbeitgeberorganisationen nicht im Stande, die Organisationen zu zerstreuen und die Löhne herabzudrücken. Deshalb sollen die bislangen Maurer fest zusammenstehen, um daß auch in Dresden eine gute Organisation zu Stande komme. Zum zweiten Punkt referierte Kollege Göttinger Namens der Sozialkommission, daß in diesem Jahre zwei Flugblätter herausgegeben, 18 Versammlungen in Dresden, 4 in Briesen, je eine in Meißen, Kamenz, Strehla, Böhla und Blauenischen Grund (Rothscheide) abgehalten wurden. Flugblätter wurden ausgetragen in der Richtung bis Kamenz und den Blauenischen Grund. Briefe wurden geschrieben. Die Einnahmen ergaben M. 2278.16, die Ausgaben M. 1545.92, so daß ein Kassenbestand von M. 732.24 — siehe Rechenschaftsbericht — bleibt. Zum dritten Punkt legte Kollege Göttinger klar, daß mehr auf dem Vande agiert, daß ein Flugblatt in tschechischer Sprache herausgegeben werde, und diese Leute, die von gewissenlosen Agenten hereingeschleppt werden, schon in ihrer Heimat aufgeflogen würden. Beim vierten Punkt wurden die Kollegen Göttinger, Hähslich, Unger, Möller und Walther gewählt. Eine lebhafte Debatte folgte, an der sich die Kollegen Unger, Kästner, Hähslich, Edstein u. a. beteiligten und ein Antrag angenommen wurde, der Geschäftsführer M. 200 zu senden.

Wilhelmsburg a. E. Den 5. Dezember tagte im Lokale des Herrn Rahtmann die regelmäßige Mitgliederversammlung des bisherigen Fachvereins der Maurer unter dem Vorst. des Herrn Süßen. zunächst referierte Kollege Mühlé über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen des Vereins“. Redner wies darauf hin, wie die Arbeiter schon schwere Kämpfe gehabt hätten, um eine kleine Lohnverhöhung zu erzielen, daß viele Arbeiter dadurch schon wochen und monatelang auf die Straße geworfen und brotlos gemacht seien, daß es vielen Familienbütteln schwer gefallen sei, die Eltern zu ernähren und ihre Kinder zu sichern; der Arbeitsmarkt sei heutzutage überfüllt, dies komme größtenteils dadurch, daß durch die Einführung neuer und durch die Verbesserung der bereits vorhandenen Maschinen die Arbeiter brotlos gemacht werden. Die Arbeiter müßten das Koalitionsrecht ausüben und die Arbeitszeit zu verlängern suchen, damit nicht so viele Arbeitslose die Landstraße bevölkern und förmlich durch die Arbeitslosigkeit zu vagabunden würden. Redner führte an, wie die Unternehmer und Kapitalisten alles ausspielen, um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu entreißen. Dann wurde noch vom Vorsteher angeführt, daß es häufig vorkomme, daß Arbeiter, die einem Verein angehören, gemahngestellt werden, deshalb sei es unsere Pflicht, das Koalitionsrecht besser auszunützen als bisher. Abschließend referierten der Vorsteher und Kollege Mühlé über die letzten Erhebungen der Maurer Deutschlands. Es sei unsere Pflicht, so wurde ausgeführt, die Fragebögen richtig und gewissenhaft auszufüllen, indem die Statistik für die Arbeiter ein wichtiges Agitationsmittel sei. Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt waren, folgte Schluss der Versammlung.

Bauhandwerker.

Stade. Am 16. November tagte im Lokale der Witte Ziegens unter dem Vorst. der Herren Helmke und Bösemann die öffentliche Bauhandwerkerversammlung, in welcher Herr Bauli-Hannover über den Werth der Gewerkschaftsbewegung, die Fachpreise und das Unfallverhinderungsrecht einen eingehenden Vortrag hielt, den die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgten. Leider war das Gaustein, welches sich zu der Versammlung eingefunden hatte und auf diese Weise ihr Interesse für diese wichtigen Angelegenheiten befunden, sehr klein. 28 Maurer und 3 Zimmerer hatten sich eingefunden, während 70 Maurer und 50 Zimmerer offenbar nicht anwesend waren. Und die Vereinsversammlungen bieten dasselbe traurige Bild, trotzdem wir hier in Stade durch die Vereine schon Vieles errungen haben. Möchten die Kollegen doch der Thatsache eingebettet sein, daß ohne Zusammenhalt die besten Errungenschaften verloren gehen.

Greifswald. Am 30. November fand hier unter dem Vorst. des Herren Maischitz, wie Lala und Milly eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Herr Edstein aus Zwönitz einen zweifältigen Vortrag über die Erziehung und Bedeutung des Koalitionsrechts der Arbeiter hielt, welches den Leiteren gestalte, sich zum Zwecke der Verbesserung der sozialen Lage miteinander zu vereinigen. Keiner kam dabei auf die riegele Entwidlung der Technik durch das Maschinenwesen in Laufe dieses Jahrhunderts zu sprechen, durch welche eine große Arbeitszeit überflüssig gemacht worden, ohne daß jemand daran frage, wovon die Betriebsarbeiter leben sollen. Durch diese sogenannte Arbeitserweiterung wurden die Löhne gebracht trotz der Lebensmittelzölle hervergerufenen Steuerung. Ferner beleuchtete der Referent das Unwesen des sogenannten Meistergeldes sowie der Klassen-

Ihne der Auffordarbeit und der Lehrlingsausheutung. Zum Schluß ernannte der Redner die Anwesenden, seit zur Organisation zu halten und als ehrf. Pommern, seit der jungen Garde zu bilden im Kampfe gegen die Unterdrückungsversuche seitens des Unternehmertums. Nachdem sich der Vorsitzende noch in ähnlichem Sinne ausgesprochen, schloß derselbe die Versammlung mit einem kräftigen Appell auf den Referenten.

Walsrode. Eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung tagte hier am 8. November unter dem Vorsitz der Herren Stöver und Nagler, in welcher Herr Paul Hannover einen dreistündigen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung, die Arbeiterpresse und die praktische Anwendung des Unfallversicherungsgesetzes hielt. Redner schloß die Ansprache um die Angaben der Gewerkschaftsbewegung unter dem Hinweis, daß die Arbeiterpresse das wichtigste Agitationsmittel bildet und empfahl förmlich das Abonnement auf die "Nordnacht" und den "Volksnug". Sodann erläuterte der Referent die durch das Unfallversicherungsgesetz festgestellten Bestimmungen unter Anführung verschiedener Beispiele. Die Anwesenden zollten dem Referenten reichen Beifall für den begeistrenden Vortrag; hoffentlich trägt das Schreib hier mit der Zeit reiche Früchte.

Neubrandenburg. In einer am 3. d. M. stattgehabten Bauhandwerkerversammlung erregte sich folgendes Kuriose: Der Maurergewerkschaftsleiter Hrkoppe wurde zum Vorsitzenden vorgeschlagen. Derselbe lehnte jedoch nach dem Demieren: er habe mit seinen Freunden sich darin geeinigt, daß sie mit "solchen Sachen" nichts zu thun haben wollten! — Herr Meyer aus Leipzig hielt einen Vortrag über die heutige Produktionsweise, der von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen wurde. Nach langer Diskussion beschloß die Versammlung, einen Verein zur Ausfläzung aller ortsspezifischen Arbeiter zu gründen. Ein großer Theil der Versammlungsbeteiligung zeichnete sich als die angelegten Bitten ein.

Bredeland. In der am 4. d. M. im Hotel des Herrn Albrecht stattgehabten öffentlichen Bauhandwerkerversammlung, die vor ungefähr 50 Kollegen besucht war, sprach Kollege Beyer aus Leipzig über die gewerkschaftliche Organisation. Derselbe betonte das Maschinenwesen und wies nach, wie namentlich die Maurer, durch die vertiefte Anwendung der Arbeitsmittel, unter dem Überangebot von Arbeitskräften zu leiden beginnen. Redner legte klar, daß nur durch eine straffe Organisation dieses sowie allen übrigen Wirtschaften in unserem Gewerbe entzogen werden kann. Zu einer guten Organisation gehörte aber ein geschildeter Arbeitstand. Als erstes und notwendiges Bildungsmittel empfahl Redner für die Maurer den "Grundstein" und für die Zimmerer das Verbandsorgan den "Zimmerer"; des Weiteren sprach der Referent den Werth der statistischen Erhebungen und des Generalfonds; er erfuhr, die von der Geschäftsführung verhandlten Fragebogen gewissenhaft auszufüllen, sowie nach Kräften für die auswärtigen kämpfenden Kollegen einzutreten. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall.

Boage i. Medienb. Am 30. November hielt der Maurergewerksverein seine diesjährige Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresabrechnung, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Wie können wir die abströmenden Kollegen wieder zu uns heranziehen? Zum ersten Punkte der Tagesordnung verlas der Kassier die Jahresabrechnung, welche vor den Meistern für richtig befunden wurde, worauf der Vorsitzende dem Kassier Decharge ertheilte. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Höhlyk a., Vorsitzender, H. Müller, Kassier, Beyer, Schriftführer. Über den letzten Punkt entpansa sich eine lebhafte Debatte, die damit endigte, daß beschlossen wurde: Trotzdem es schwer sei, die abströmenden Kollegen wieder zu dem Verein heranzutragen, sei es doch Pflicht der Mitglieder, unablässig und überall zu agitieren, damit diese wieder gewonnen würden. Nachdem sich ein Kollege wieder hatte in den Verein aufnehmen lassen, folgte Schluß der Versammlung.

Wilhelmshaven. Zum 27. November war in den Saal des Herrn Oldowarth hierfür eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung einberufen, in welcher Herr Paul aus Hannover über Sozialreform referierte sollte. Der Saal wurde aber nach bekannter Weise "abgetrieben", so daß die Versammlung noch in letzter Stunde nach Wart in das Hotel zur "Arche" einberufen werden mußte. Herr Paul ging in seinem von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit begleiteten Vortrage hauptsächlich auf die Bedeutung und die Nothwendigkeit der Arbeitsorganisation, sowie auf das Treiben der Bismarck, ein. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, betreffend die Krankenversicherungswelle, mußte der vergrößerten Zeit wegen referiert werden für eine besondere Versammlung. Dieselbe fand als öffentliche Arbeiterversammlung am 2. Dezember statt. Der Referent, Herr Paul, erledigte seine Aufgabe in sehr aufzieldender Weise. Dem Vortrage schloß eine recht rege Diskussion sich an, in welcher auch der sogenannte "geiste Kampf" gegen die Sozialdemokratie gehörig beleuchtet wurde. Die Versammlung nahm eine Protes.-Resolution gegen die Krankenfassonelle an und schloß mit einem dreifachen Appell an die Arbeiterschaft.

Colberg. Am Mittwoch, den 26. November d. J., fand hierfür eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Ihr Bureau wurden gewählt: Thielohr Otto Schaeel, 1. Vorsitzender; Maurer F. Abele, 2. Vorsitzender und Arbeiter Schneiderei als Protokollführer. Als Referent war Herr L. Ecke ein aus Waldau i. S. erschienen. Derselbe sprach über Gewerkschaftsorganisation und deren Werth. Wir können berichten, daß die Buhöfer im vollsten Maße mit den Ausführungen des Herrn Ecke in sich zufrieden erklärten und Herr Ecke in die Schule, welche voriges Jahr hier geschlagen wurde, ausgewechselt wurde. Möge das Dantel schwören, welches hier in Hinterpommern noch herschelt! — Sodann las der Vorsitzende dem Befreiungsschreiber

der Zeitung für Pommern einen ganz gehörigen Bericht über verschiedene unbekannte und tendenziöse Berichte vor, wonach die bisherigen Einwohner nicht glauben müßten, wie sehr die wahren Blutsauger und Tropfen der Unternehmertums. Die Versammlung erklärten, wenn dergleichen Sachen nochmal vorfließen, die betreffende Zeitung gar nicht mehr lesen zu wollen. Dies scheint geholfen zu haben, denn die betreffende Zeitung hat sich bis dato nichts wieder merken lassen. Ferner wurde der Versammlung in Erinnerung gebracht, daß die Hutmacher in Lüdenscheid durch einen Streit vergangenen Sommer sehr gelitten hätten und ein Jeder, der einen neuen Hut brauchte, danach sehen sollte, daß die Hütte aus denjenigen Fabrik waren, wo die Forderungen bewilligt, resp. mit einer Arbeiter-Kontrolle verfehlt sind. Mit einem dreschen hoch auf die Organisation der Bauhandwerker Deutschlands schloß der Vorsitzende die vom besten Geiste befehlte Versammlung.

N.B. Es ist noch zu berichten, daß der Vorsitzende des Maurergewerksvereins Rudolf Beyer, sowie der Alfgeßler und Bertrautmann, Johann Duade, der Maurer Colberg aus von ihren Meistern ohne allen Aufwand freigesetzt worden sind. Wohl infolge ihres Auftretens für unsre Sache!

Die Situationserichte aus Bernburg, Hannover und Schlesien. mussten Umstände halber bis zur nächsten Nummer, zurückgestellt werden.

Nach Schluß der Redaktion trafen noch Berichte ein aus: Neumünster, Flensburg, Berlin und Rostock.

Eingesandt.

Leipzig. Der gewiß wohlmeinten Aufforderung des Kollegen Gärtners-Dresden, die Leipziger Kollegen ihre Meinung äußern, ob es nicht möglich sei einer Konferenz der Maurer Sachsen abzuhalten, um im Allgemeinen besonders über die Konkurrenz der böhmischen Arbeiter zu berathen, könnten die unterzeichneten Delegirten des letzten deutschen Maurerkongresses zur Zeit nicht zusimmen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Pflicht, für unsre Sache zu agitieren, liegt allerdings jedem Gewerkschaftsleiter. Handelt es sich nun um die Beseitigung der böhmischen Konkurrenz, so ist es zunächst Pflicht, Delegirten, welche mit den böhmischen Arbeitern in engerer Verbindung stehen und zwar im Arbeitsverhältnis, denselben das erforderliche Wissen über die wirtschaftlichen Nebenstände beizubringen und dieselben so zu unserer Bewegung heranzuziehen. Werden dann finanziell Mittel erforderlich, so wendet man sich an die gesammelten Mittel der Gewerkschaften zur Hälfteleistung und dann ist in diesem Falle auf Grund der Kongressbeschlüsse die Geschäftsführung berechtigt, einzutreten, welche leichtere auch, je weit es die Mittel erlauben, Agitation betreibt. Andernfalls scheint uns die Zeit zu kurz, um die nötige dieser Konferenz vorausgehende Agitation in's Werk zu bringen. Da den Beschlüssen der Berliner Gewerkschaftskonferenz, die zentralistische Organisation für jedes Gewerke zu schaffen, Rechnung getragen werden muß, so ist anzunehmen, daß der Maurerkongress 1891, welches schon im März, oder doch Anfang April tagen wird, sich für Schaffung einer Zentralorganisation erkläre. Dazu haben die Delegirten Sachsen Stellung zu nehmen und zu raten, in welcher Art es möglich ist, sich dem Verband würdig anzutun; dieses kann sofort im Anschluß an den Kongress erfolgen.

R. Grohmann, G. Jacob, M. Klar.

W. Berthold.

Berthold-Chronik.

* Aus Walschin (Mecklenburg) wird uns berichtet: Hier sollte mirkl. Kolleg Beyer aus Leipzig in einer Versammlung über das Koalitionsrecht sprechen. Dem Anmäl der Versammlung ging eine Verfügung des Bürgermeisters zu, wonach die Versammlung a. u. d. r. d. i. c. i. v. b. o. t. e. n. wird, so lange für die Pflicht, als eine, die "politischen" Zwecken dienen solle; nicht die Genehmigung des großherzoglichen Ministeriums des Innern eingeholt sei. Auch wurde dem Einberufen aufgegeben, die "etwaigen" Statuten des Fachvereins der Maurer einzutragen.

Als der Einberufen gegen dieses Vorgehen persönlich Beschwerde beim Bürgermeister erhob, drohte derselbe, "eins zu stufen", wenn er etwa die Versammlung doch ablehne. — Freilich, daß wäre das einfache Mittel, die Arbeiter vom Gebrauch ihres gesetzlichen Koalitionsrechts abzuhalten. Aber so ohne Weiteres macht sich das "Einsufen" denn doch nicht. Herr Bürgermeister von Walschin I. Wenn die Arbeiter ihr rechtmäßiges gewährleistetes Koalitionsrecht, auf welches Landesgesetz beruht, das Vereins- und Versammlungsrecht, keine Anwendung finden, ausüben wollen, so müssen sie füglich doch über dieses Recht und die Art seines Gebrauches sprechen können. Da hat das Ministerium des Innern in Walschin gar nichts zu genehmigen.

Chronik.

* Erlaubtes Kollektieren oder unerlaubtes Betteln. Diese zur Zeit sehr wichtige Frage wurde mirkl. abermals verhandelt. Angestellt waren Efers und Genossen, fünf der freilenden Körbchner in Geesthacht. Derselben hatten im August d. J. in Geesthacht, sowohl festgestellt, acht Sammellisten ausgegeben und Verträge unter den dortigen Bewohnern für die Streitenden, unter denen sie sich selbst bezeichneten, eingegangen. Wegen dieser Handlung unter Unklage gestellt, wurden die Angeklagten von Schöffengericht, welches in der Handlung die Motive des Bettelns nicht erörterte, freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft sah jedoch veranlaßt, gegen das Erkenntnis Verurteilung einzulegen. Die Feststellung des Thatfaches ergiebt, daß sich die Streitenden speziell an diejenigen Leute wendeten, mit denen sie entweder

in verwandschaftlichen oder freundschaftlichen Verhältnissen standen, oder an jene, die mit ihnen Sympathien durch ein gleichförmiges Interesse bei der Sache interessiert waren. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft führt in seinem Blattboyer aus: Es habe sich bei der Verurteilung wesentlich darum gehandelt, den Begriff des Bettelns festzustellen. Im engeren Sinne sei wohl der Begriff des Bettels erwiesen, weil die Angeklagten ja selbst arbeitslos gewesen, Unterflüchtige aus dem Streitkonflikt, für den sie gefaßt, bejogen und so die Hilfe anderer für ihre eigenen nothwendigen Bedürfnisse in Anspruch genommen hätten. Jedoch habe die Verhandlung ergeben, daß die Annahme aus derartigen Verhältnissen handeln darf, wenn die Beteiligung in der Weise gehoben sei, wie es das Gesetz verbietet. Die Angeklagten wären nicht wie Bettler von Haus zu Haus gegangen, sondern sie hätten diejenigen Leute ausgewählt, zu denen sie in irgendwelcher freundschaftlichen, verwandschaftlichen oder geschäftlichen Verbindung standen und sei mit ihrer unerlaubten Belästigung des größten Publikums reich, solcher Leute, welche nicht mit den Streitern sympathisieren, nicht vorgestanden. Es schließe sich daher dem freisprechenden Erkenntnis des Schöffengerichts an, wolle aber formell den Urtrag nicht zurückziehen. Der Vertreter, Dr. Lüttichow, plaudirt für unbekleidete Freisprechung und hebt hervor, daß er noch am gestrigen Tage einen Aufruf zur Unterstützung überbrachte, von einem Mitternachmittag unter vierzig Leuten, von einem Mittwoch abends, gelesen habe. Niemand würde es wohl einfallen, jenen Mann dafür unter Anklage zu stellen. Wenn die Beteiligung die Sammler bei einem derartigen Rothstand, einem Streit, strafbar mache, würden die Arbeiter die Sache sehr bald dahin regulieren, daß sie andere am Streit nicht beteiligen. Arbeitete die Sammlungen vornehmlich lassen würden. Es sei überhaupt unerhört, in einem solche Falle von Betteln zu reden. Die Geber und selbst der Polizeioffizial hätten zugegeben, daß sie bei der Angelegenheit ein Gefühl, wie das der Betteler, nicht empfunden hätten. Nachdem der Staatsanwalt sich sodann noch in einer Auseinandersetzung mit dem Bertholdier ergangen, indem er einen Unterschied macht mit einer Aufforderung zum Kollektiren durch Schrift oder Druck und dem von Haus zu Haus gehen, ziegt sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Erkenntnis lautet kurz und bündig, daß die Angeklagten kollektieren dürfen, freizusprechen sind, weil in dem von ihnen vorgenommenen Kollektiren die Motive des Bettelns nicht zu erkennen wären.

* Der Einsturz des Kristallpalastes in der Flora (vgl. Nr. 9 unseres Blattes vom 1. März d. J.) beschäftigte ähnlich die Strafanämmer I des hiesigen Landgerichts. Aus den Verhandlungen ergiebt sich, daß der Einsturz erfolgte, als man eine Stelle an einem Steller nach innen ziehen wollte. Nach der Anlage des angeklagten Ingénieurs Gärtners aus Berlin hat dieser den mitangelaufenen Monteur Fischer darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeit nur dann vor genommen werden dürfe, wenn auf der entgegengesetzten Seite des Stellers ein Kontrepewicht angebracht würde. Man sollte auf beiden Seiten einen Glashenzen anlegen und gleichzeitig beide anziehen: Die Ausführung geschieh aber in der Weise, daß einfach auf der einen Seite zwischen Steller und Stelle ein doppeltes Tau gespannt wurde, daß man mittels eines dazwischen gelegten Hebebaumes, den man als Knebel benützte, anzugießen begann. Dabei brach die Geschichte zusammen, wobei ein Arbeiter sofort gestorben, mehrere andere schwer verletzt wurden. Fischer will den Arbeitern nur den Auftrag zum Anlegen des Tales gegeben, das Knebel aber nicht verankert haben. Das Gericht schenkt den Angaben der Angeklagten Glauben, spricht den Ingenieur Gärtners frei, verurteilt aber den Monteur Fischer zu 14 Tagen Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung, da er den Arbeitsplatz dann nicht hätte verlassen dürfen, wenn die Gefahr, wie hier vorlag, daß unsichere Arbeiter durch nichtfachmännisches Handeln ein Unglück herbeiführen könnten.

Unfallversicherung.

Bei der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft sind im dritten Quartal dieses Jahres 876 Unfälle zur Anzeige gelangt, von denen 704 verhindert mit einer Arbeitsunfähigkeit unter 13 Wochen, 140 mit einer solchen von mehr als 13 Wochen und 32, welche den Tod zur Folge hatten. Die Gesamtsumme der bei dieser Berufsgenossenschaft im ersten, zweiten und dritten Quartal zur Anzeige gelangten Unfälle beläuft sich auf 2330, davon 1852 unter 13 Wochen, 413 über 13 Wochen, 65 tödt. — Von sämtlichen Unfällen hat die Berufsgenossenschaft nur den vierten Theil zu entschädigen gehabt. Drei Viertel blieben zu Lasten der Krankenkassen, also zumeist der Arbeiter selbst.

Briefstapfen.

Ickholz, N. Uns sind in der angegebenen Zeit keine Briefe von dort zugegangen.

Wittenberg, S. Besten Dank für den freundlichen Gruß! Wir erwarten denselben auf das Herzlichste.

Berlin, T. Ihr Brief langte hier am Donnerstag, den 4. d. M. in demselben Augenblick an, als die für die Post bestimmten Sendungen der Nr. 49 derselben zur Beförderung übermittelt wurden. Wie oft sollen wir denn wiederholen, daß die für die laufende Nummer bestimmten Briefe, Angelegen u. spätestens am Montag Abend in unsern Händen sein müssen!

Bernburg, S. Ein Bericht über die erwähnte Versammlung ist uns nicht zugegangen. Briefe, welche noch irrthümlich nach der Theaterstraße abgesetzt sind, werden uns ebenfalls durch die Post zugegeben. Die in Ihrem Bericht enthaltene periodische Auseinandersetzung können wir nicht aufnehmen; überhaupt müssen wir Sie dringend um klarere Fassung der Berichte ersuchen.

